



Strategien gegen Kinderarmut in Europa.

Dokumentation der Konferenz in der Vertretung
des Landes Nordrhein-Westfalen bei der
Europäischen Union am 7. Mai 2009.

**Strategien gegen Kinderarmut in
Europa**

**Dokumentation der Konferenz
in der Vertretung des Landes
Nordrhein-Westfalen
bei der Euroäischen Union**

am 7. Mai 2009

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

lädt Sie herzlich ein zur

Konferenz
„Strategien gegen Kinderarmut in Europa“

Donnerstag, den 07. Mai 2009 um 10:00 Uhr

in die Vertretung
des Landes Nordrhein-Westfalen
bei der Europäischen Union

U.A.w.g. bis zum 30. April 2009.
Simultanübersetzung Deutsch/Englisch – Englisch/Deutsch

The Ministry of Employment, Health and Social Affairs
of the State of North Rhine-Westphalia

cordially invites you to the

Conference
„Strategies against child poverty in Europe“

Thursday, 7th May 2009 at 10:00 a.m.

at the Representation
of the State of North Rhine-Westphalia
to the European Union

R.S.V.P. by April 30th, 2009
Simultaneous Interpretation German/English – English/German

Kinderarmut und die Entwicklung von Lösungsstrategien, um diese zu bekämpfen, sind ein Thema von gesellschaftlicher und politischer Brisanz, das sich aktuell europaweit in der Diskussion befindet.

Die Veranstaltung wird einen Überblick über das Thema „Kinderarmut in Europa“ geben und es aus dem Blickwinkel unterschiedlicher europäischer Mitgliedstaaten beleuchten.

Programmablauf

- 10.00 Uhr: Einlass
- 10.30 Uhr: Begrüßung
Hans H. Stein, Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union
- 10.35 Uhr: Strategien gegen Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen,
Manfred Feuß, stellv. Abteilungsleiter Soziales im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- 10.50 Uhr: Kinderarmut in der Europäischen Union
Dr. Petra Hoelscher, UNICEF, Genf
- 11.30 Uhr: Kurzreferate
- aus der Sicht von Deutschland/ Nordrhein- Westfalen
Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik, Frankfurt/ Main
 - aus der Sicht von Großbritannien
Dr. Paul Dornan, Child Poverty Action Group, London
 - aus der Sicht von Polen
Dr. Grazyna Mikolajczyk-Lerman, Institut für Soziologie, Universität Lodz
 - aus der Sicht von Slowenien
Mateja Nagode, Institut für Sozialschutz der Republik Slowenien, Ljubljana
- anschl. Diskussion
- 13.30 Uhr: Mittagsimbiss

Child poverty and the development of a child poverty strategy, this is a highly topical issue of social and political relevance currently debated throughout Europe.

This event provides an overview of child poverty in Europe and starts a debate from the point of view of different European Union Member States.

Schedule

- 10:00 a.m. Arrival
- 10:30 a.m. Welcome
Hans H. Stein, Director of the Representation of the State of North-Rhine Westphalia to the European Union
- 10:35 a.m. Strategies against child poverty in North-Rhine Westphalia
Manfred Feuß, Deputy Head of Division, Ministry of Labour, Health and Social Affairs of the State of North-Rhine Westphalia
- 10:50 a.m. Child Poverty in the European Union
Dr. Petra Hoelscher, UNICEF, Genf
- 11:30 a.m. Statements
- from the point of view of Germany/ North Rhine-Westphalia
Gerda Holz, Institute of Social work and Social pedagogy, Frankfurt/ Main
 - from the point of view of Great Britain
Dr. Paul Dornan, Child Poverty Action Group, London
 - from the point of view of Poland
Dr. Grazyna Mikolajczyk-Lerman, Institute of Sociology, University of Lodz
 - from the point of view of Slovenia
Mateja Nagode, Social Protection Institute of the Republic of Slovenia, Ljubljana
- afterwards Discussion
- 1:30 p.m. Lunch

Dokumentation der Konferenz
„Strategien gegen Kinderarmut in Europa“
am 7. Mai 2009 in Brüssel

Vorwort des Ministers:

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen S. 2

Begrüßung:

Hans H. Stein, Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen
bei der Europäischen Union S. 3

Strategien gegen Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen:

Manfred Feuß, stellv. Abteilungsleiter Soziales im Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen S. 5

Kinderarmut in der Europäischen Union:

Dr. Petra Hoelscher, UNICEF, Genf S. 12
Übersetzung der Grafiken und Legenden S. 27

Aus der Sicht von Deutschland/Nordrhein-Westfalen:

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/Main S. 30

Aus der Sicht von Großbritannien:

Dr. Paul Dornan, Child Poverty Action Group, London S. 39
Übersetzung der Grafiken und Legenden S. 54

Aus der Sicht von Polen:

Dr. Grazyna Mikolaicz-Lermann, Institut für Soziologie, Universität Lodz S. 56

Aus der Sicht von Slowenien:

Mateja Nagode, Institut für Sozialschutz der Republik Slowenien, Ljubljana S. 61

Kampf gegen Kinderarmut verstärken!

Im März 2000 kam der Europäische Rat von Lissabon überein, die Kinderarmut in Europa bis zum Jahr 2010 zu beseitigen.

Die aktuellen Zahlen zeigen jedoch, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Zurzeit leben rund 19 Millionen Kinder in der EU unter der Armutsgrenze, das heißt, nahezu jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen.

Auch in Nordrhein-Westfalen leben Kinder und Jugendliche in von Einkommensarmut betroffenen Familien.

Geringes Einkommen, mangelnde finanzielle Sicherheiten und fehlende Perspektiven schränken die sozialen Teilhabemöglichkeiten dieser Kinder ein: in der Schule, im Wohnumfeld und bei der Freizeitgestaltung.

Deshalb hat die nordrhein-westfälische Landesregierung klare Schwerpunkte bei der Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Haushalten gesetzt. Wir haben schon viel auf den Weg gebracht: mehr Ganztagsangebote, Ausbau der Betreuungsplätze und der Sprachförderung, Verbesserung der Früherkennung, Ausbau sozialer Frühwarnsysteme, einen intensiveren Kinderschutz, das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ und den Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“.

Doch wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen, solange es noch Kinderarmut in unserem Land gibt!

Wir wollen gerne über unsere Erfahrungen berichten und von den Erfahrungen anderer lernen. Auch deshalb haben wir die Veranstaltung „Kinderarmut in Europa“ initiiert. Wir wollten mit dieser Veranstaltung zum Informationsaustausch anregen, alternative Lösungsstrategien aufzeigen und zur Bildung von Netzwerken beitragen.

Zudem will ich aufmerksam machen auf das nächste Europäische Jahr – 2010, das unter der Überschrift „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ steht. Wir werden dieses Jahr nutzen, um unseren Kampf gegen Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen noch zu verstärken.

Denn, so hat der britische Premierminister Gordon Brown einmal formuliert: „Kinder sind 20 Prozent der Bevölkerung, aber 100 Prozent unserer Zukunft“.

Ich danke allen Autorinnen und Autoren sowie allen an der Entstehung des Berichts Beteiligten für die geleistete Arbeit.



Karl-Josef Laumann
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Strategien gegen Kinderarmut in Europa

Begrüßung

Hans H. Stein

**Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen
bei der Europäischen Union**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im Namen der nordrhein-westfälischen Landesregierung hier in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union.

Vor neun Jahren kam der Europäische Rat von Lissabon überein, die Kinderarmut in Europa bis zum Jahre 2010 zu beseitigen. Aber ich glaube, man muss kein Hellseher sein, wenn man einen Blick auf die Statistik wirft, dass dieses Ziel auch nicht annähernd erreicht wird. Zurzeit liegt in 12 Mitgliedsstaaten das Armutsrisiko für Kinder bei über 20 %, unter anderem in Italien, Spanien, Großbritannien und Polen. Deutschland bewegt sich mit 14 % im unteren Bereich.

Besser stehen Länder wie Dänemark, Finnland und Slowenien da. Eine Studie des Kinderhilfswerks UNICEF zeigt, dass seit zehn Jahren, und damit auch weit vor der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, in 17 von 24 OECD-Staaten das Risiko der Kinderarmut angestiegen ist.

Wie sieht die Situation in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland, aus? Im Mai 2007 hat Minister Laumann, unser Arbeits- und Sozialminister in Düsseldorf, den Sozialbericht des Landes vorgestellt, der auch ein Kapitel, zum ersten Mal ein eigenes Kapitel, beinhaltet unter der Überschrift „Armut von Kindern und Jugendlichen“. In diesem Sozialbericht wurde deutlich, dass die Kinder- und Jugendarmut in den letzten Jahren, auch in Nordrhein-Westfalen, zugenommen hat, dass jedes vierte Kind in unserem Bundesland in einem einkommensschwachen Haushalt lebt. Es wurde auch offensichtlich, dass

geringes Einkommen, mangelnde finanzielle Sicherheiten und fehlende Perspektiven die sozialen Teilhabemöglichkeiten der Kinder massiv einschränken in der Schule, im Wohnumfeld und bei der Freizeitgestaltung. Dieser Bericht und seine Ergebnisse haben dazu beigetragen, dass das Thema Kinderarmut noch prominenter auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde.

Und wer unseren Minister, Herrn Minister Laumann, ein wenig kennt, der weiß auch, dass er sich die Ergebnisse dieses Berichtes zu einem persönlichen Auftrag, zu einem persönlichen Anliegen gemacht hat, nämlich zu sagen: Wir dürfen diese Kinder und Jugendlichen nicht aus den Augen verlieren. Das gilt für die Aktivitäten auf unserer eigenen, auf der Landesebene, auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland und natürlich auch auf europäischer Ebene. Wir müssen die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien aufmerksam und kontinuierlich verfolgen, denn nur so kann Politik rechtzeitig tätig werden, und die notwendigen Maßnahmen und Programme auf den Weg bringen.

Auf die Strategie in unserem Bundesland wird gleich Herr Feuß näher eingehen. Frau Dr. Hölscher von UNICEF wird die europäischen Entwicklungen darstellen. Und dem folgen Kurzreferate von Frau Holz, Herrn Dornan und Frau Mikolajczyk-Lerman, gefolgt von Frau Nagode.

Meine Damen und Herren,

ich bin sehr froh, dass wir im Vorfeld des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu dieser Konferenz hier in unserer Landesvertretung zusammenkommen können.

Albert Schweitzer hat einmal gesagt: „Wer die Ärmsten dieser Welt gesehen hat, fühlt sich reich genug, zu helfen.“ Und in diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir auf dieser Konferenz auch reich machende, nachhaltige Ergebnisse erzielen können. Ich wünsche der Konferenz einen guten Verlauf und übergebe an Herrn Feuß.

Strategien gegen Kinderarmut in Europa

Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen

Manfred Feuß

**Stellv. Abteilungsleiter Soziales
im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich im Namen des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums und freue mich, dass unsere Veranstaltung auf so großes Interesse stößt.

Bevor ich mit meinem Vortrag beginne, möchte ich mich aber erst noch bedanken, bei unserer Landesvertretung und unserem EU-Referat für ihre Unterstützung und Mitwirkung bei der heutigen Veranstaltung.

Armut in NRW

Der Begriff Armut ist in Deutschland nach wie vor nicht unumstritten und wird immer noch tabuisiert.

Armut bei uns ist nicht vergleichbar mit der Armut in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas. Dort leiden und sterben Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Bei uns braucht niemand zu verhungern. Bei uns können alle ein Dach über dem Kopf erhalten.

Armut in Deutschland, das meint: Auch bei uns entfernen sich immer mehr Menschen von dem, was man den „guten Durchschnitt“ nennt, dem durchschnittlichen Einkommen, dem durchschnittlichen Wohnstandard, den vergleichbaren Bildungschancen für die Kinder. Über diese „relative Armut“ sprechen wir, wenn wir von Armut in Deutschland reden.

Relativ arm zu sein, das heißt weniger als 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zum Leben zu haben. Das heißt nicht nur, jeden Euro umdrehen zu müssen. Wer nicht genug Geld hat, ist auch in anderer Hinsicht arm dran. Armen mangelt es an Berufs- und Bildungschancen, an sozialen Kontakten, an sozialer Anerkennung, am Selbstbewusstsein. Eine Mieterhöhung, eine kaputte Waschmaschine, ein etwas teurer Schulausflug, vor allem aber ein weiteres Kind bringen Familien sehr schnell in finanzielle Engpässe. Kinder sind inzwischen zu einem Armutsrisiko geworden. Ein Skandal in einem so reichen Land wie Deutschland.

Erst eine Definition von Armut und die Orientierung nicht nur an materiellen Kriterien, sondern an den verschiedenen Lebenslagen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Partizipation machen eine Erfassung der Probleme und Personengruppen möglich. Und dies wiederum ist die wesentliche Voraussetzung für politisches Handeln.

Deshalb legt die nordrhein-westfälische Landesregierung auch großen Wert auf eine kontinuierliche und integrierte Sozialberichterstattung. Und wenn es ein Thema gibt, das durch die Sozialberichterstattung in den Fokus der politischen Diskussion gerückt worden ist, dann ist es die

Kinderarmut

Im Mai 2007 hatten wir zum ersten Mal ein eigenes Kapitel zum Thema „Armut von Kindern und Jugendlichen“ in unseren Sozialbericht aufgenommen. Hierdurch wurde deutlich, dass die Kinder- und Jugendarmut in den letzten Jahren in NRW zugenommen hat und dass jedes vierte Kind in NRW in einem einkommensschwachen Haushalt lebt.

Dabei wurde auch offensichtlich, dass geringes Einkommen, mangelnde finanzielle Sicherheiten und fehlende Perspektiven die sozialen Teilhabemöglichkeiten der Kinder massiv einschränken: in der Schule, im Wohnumfeld und bei der Freizeitgestaltung.

Der Sozialbericht NRW 2007 hat mit seinen Ergebnissen dazu beigetragen, das Thema „Kinderarmut“ in unserem Land auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Für uns war mit diesem Bericht eine persönliche Verpflichtung verbunden: Wir dürfen diese Kinder und Jugendlichen nicht mehr aus den Augen verlieren. Wir müssen die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien aufmerksam und kontinuierlich verfolgen.

Nur so kann Politik rechtzeitig tätig werden und notwendige Maßnahmen und Programme auf den Weg bringen.

Deshalb und vor dem Hintergrund, dass der obige Bericht auf Zahlen von 2005 basierte, haben wir eine Fortsetzung der Sozialberichterstattung in Auftrag gegeben, die nun als Bericht „Prekäre Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in NRW“ vorliegt und hier auch ausgelegt ist.

Wir haben uns in diesem Bericht auf die besonders armutsgefährdete Gruppe der Kinder und Jugendlichen konzentriert und ihre Benachteiligungen und Einschränkungen in ihrer Komplexität dargestellt.

Unserem Bericht liegt dabei ein umfassender Begriff von Armut als einem Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen zugrunde.

Klar wurde, dass Armut und ein niedriger sozialer Status der Eltern sich negativ auf die Gesundheits- und Bildungsbiographie der Kinder auswirken.

Armut von Kindern und Jugendlichen hat häufig Arbeitslosigkeit und mangelnde Qualifikation der Eltern oder die Arbeit im Niedriglohnbereich zur Ursache.

Kinderarmut hat aber vor allem folgende Gesichter:

- 1.) Alleinerziehende Eltern
- 2.) Viele Kinder in der Familie
- 3.) Migrationshintergrund der Eltern

Zwar ist die Zahl der Kinder aus einkommensarmen Familien in absoluten Zahlen gesunken (von 815.000 in 2005 auf 776.000 in 2007), aber die Armutsquote liegt bei rd. 24 %! Zum Vergleich: Die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung: 14,1 %. Das heißt, Minderjährige tragen nach wie vor ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko!

Mit zunehmender Zahl der minderjährigen Kinder, die im Haushalt zu versorgen sind, steigt das Armutsrisiko.

Kinder von Alleinerziehenden sind überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen. Mehr als zwei Fünftel (42,6 %) leben in einem einkommensarmen Haushalt. Die Armutsquote steigt auch deutlich bei so genannten „kinderreichen Familien“, auf über 59%.

Kinder mit Zuwanderungsgeschichte haben mit 41,4 % ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko. 2005 waren es noch 42,9 %!

Der Vergleich zu 2005 zeigt, dass wir zwar schon besser geworden sind, aber dass die Bekämpfung von Armut nicht kurzfristig, sondern nur langfristig erfolgreich sein kann.

Was haben wir nun aktiv gegen Kinderarmut unternommen? Welche Maßnahmen der Landesregierung hat es gegeben?

Maßnahmen der Landesregierung

Unter anderem als Konsequenz aus dem Sozialbericht 2007 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung klare Schwerpunkte bei der Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Haushalten gesetzt.

Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“

So hat die Landesregierung noch in 2007 den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet. Dieser Fonds wurde zu Beginn 2009 vom Schulministerium auf das Sozialministerium übertragen.

Aktuell erhalten rund 70.000 Kinder aus sozial benachteiligten Familien durch diesen Fonds eine finanzielle Unterstützung zur Mittagsverpflegung in Ganztagschulen (im Schuljahr 2007/2008 waren es noch rund 63.000 Kinder). Parallel zur Aufstockung der finanziellen Mittel auf inzwischen 15 Mio. € (2007 = 10 Mio. €) erhöhte sich auch die Anzahl der teilnehmenden Schulen auf jetzt über 3.300.

Der bislang bis Ende Juli dieses Jahres befristete Landesfonds wird trotz schwierigster Haushaltslage des Landes verlängert werden.

Dieses bewährte Instrument der Landesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut muss erhalten bleiben.

Runder Tisch „Hilfe für Kinder in Not“

Als weitere Reaktion auf den Sozialbericht hat die Landesregierung schließlich vor rund einem Jahr, auf unsere Initiative, den Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ eingerichtet. Beteiligt sind alle Ministerien der Landesregierung. Die Federführung liegt bei dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Ein komplexes Problem wie Kinderarmut braucht komplexe Lösungen. Aus diesem Grund setzt die Landesregierung auf einen ressortübergreifenden, integrierten, präventiven Handlungsansatz.

Im Mittelpunkt unserer Politik für Kinder und Jugendliche stehen dabei die Politikfelder:

- Bildungspolitik
- Familienpolitik
- Arbeitsmarktpolitik

Konkret bedeutet das:

- eine bessere Förderung in der Schule unter anderem auch durch mehr Ganztagsangeboten,
- den Ausbau der Betreuungsplätze und der Sprachförderung,
- die Verbesserung der Früherkennung,
- den Ausbau sozialer Frühwarnsysteme und
- einen intensiveren Kinderschutz.

Mit diesem Runden Tisch will die nordrhein-westfälische Landesregierung vor allem für Kinder, die in einkommensarmen Familien aufwachsen, neue Perspektiven schaffen.

Die Ziele des Runden Tisches sind vor allem:

- Verbesserung der Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft,
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern,
- Stärkung gesundheitlicher Prävention, insbesondere Förderung gesunden Ernährungsverhaltens und Bewegung sowie medizinischer Früherkennung,
- Schutz vor Vernachlässigung, Missbrauch und Gewalt,
- Entschärfung räumlicher Brennpunkte,
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Förderung der Berufstätigkeit der Eltern (vor allem Frauenerwerbstätigkeit)
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Im Bericht zum Runden Tisch, den wir vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt haben, wurden alle Maßnahmen der Landesregierung zur Vermeidung von Kinderarmut zusammengestellt.

Des Weiteren haben wir neue Handlungsansätze entwickelt, die deutlich machen, dass öffentliches und politisches Engagement für arme Kinder strategisch in drei Zielrichtungen erfolgen muss:

- Zum einen der indirekte Weg durch eltern-/familienbezogene Maßnahmen (d.h. Stärkung des Arbeitsmarktes, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der sozialen Sicherung etc.),
- sozialraumbezogene Maßnahmen (d.h. Stadtentwicklung, besondere Aktivitäten in sozial belasteten Quartieren usw.) sowie
- zum anderen direkt durch kindbezogene Maßnahmen (d.h. durch frühe Förderung, in Kindertageseinrichtungen, Schule, Gesundheitsvorsorge usw.)

Wir haben neue Leitziele mit Inhalten entwickelt. Nun werden wir den zweiten Schritt vollziehen und den Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ öffnen, um mit den zuständigen Akteurinnen und Akteuren in den Verbänden und Organisationen auf Landesebene und vor Ort in eine Diskussion einzutreten.

Eine konzertierte Aktion

- von Bund, Land und Kommunen,
- von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen,
- von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden,
- von Arbeitgebern und Gewerkschaften,
- von Eltern und Lehrern,

wird notwendig sein, wenn wir das Problem der Kinderarmut wirksam bekämpfen und lösen wollen.

Dies gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen und Deutschland, es gilt auch für alle Mitgliedstaaten in der EU.

Wir sollten das nächste Jahr - das Europäische Jahr gegen Armut – nutzen, um Zeichen zu setzen und Kinderarmut wirksam und nachhaltig zu bekämpfen.

Ich hoffe, dass die heutige Veranstaltung

- Anregungen gibt,
- Netzwerke anregt und

➤ Mut macht

In diesem Sinne wünsche ich uns eine anregende Veranstaltung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Strategien gegen Kinderarmut in Europa

Dr. Petra Hoelscher

UNICEF, Genf

- Es gilt das gesprochene Wort -

Durchschnittlich lebt fast ein Fünftel der Kinder in der Europäischen Union in Armut. Diese Zahl hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert, könnte aber jetzt, da sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise bemerkbar machen, ansteigen. Kinderarmut erzeugt Risiken für Kinder, insbesondere, wenn sie über längere Zeiträume hinweg besteht. Gesundheit und Bildung, Beziehungen innerhalb der Familie und zu anderen Kindern, subjektives Wohlbefinden und das Verhalten der Kinder – all dies kann durch Armut in Mitleidenschaft gezogen werden und dazu führen, dass eine beträchtliche Zahl der armen Kinder auch arme Erwachsene werden und ihre Armut auch an die folgende Generation weiterreichen.

Investitionen in die Überwindung der Kinderarmut sind die vernünftigsten wirtschaftlichen und sozialen Investitionen für die Zukunft. Die Kosten eines Versagens bei der Überwindung der Kinderarmut sind enorm. Laut Berechnungen der Joseph Rowntree Stiftung liegen die in Großbritannien durch Kinderarmut hervorgerufenen Kosten jedes Jahr bei 40 Mrd. £. Dies schließt die Kosten aufgrund verringerter Produktivität und Wirtschaftleistung aufgrund mangelnder Bildung und darauf beruhender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, zusätzliche Kosten im Gesundheitswesen und für Sozialleistungen ein (Griggs and Walker 2008).

Die Verpflichtung zur Verringerung der Kinderarmut könnte jedoch ins Hintertreffen geraten. Mit der allmählichen Überwindung der Wirtschaftskrise in den Volkswirtschaften wird die Größe der Haushaltsdefizite den Druck auf die öffentlichen Ausgaben verstärken. Zwar haben die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen in Nationalen Strategischen Berichten bestätigt und viele mögen auch kurzfristige Maßnahmen zur Unterstützung schwacher Gruppen ergriffen haben, es ist jedoch unklar, was mittel- und langfristig geschehen wird. Eine Beschneidung der Sozialausgaben kann unvermeidlich werden. Die Erhaltung und Verbesserung der Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme, der Schutz von Investitionen in Kinder und die Sicherung der Gleichberechtigung zwischen den Generationen sind wesentliche Aufgaben für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts.

Die vorliegende Arbeit bietet einen Überblick über Kinderarmut in der Europäischen Union und stellt die materielle Armut in den Kontext eines breiteren Verständnisses von kindlichem Wohlbefinden. Besondere Beachtung finden hierbei Unterschiede zwischen den einzelnen

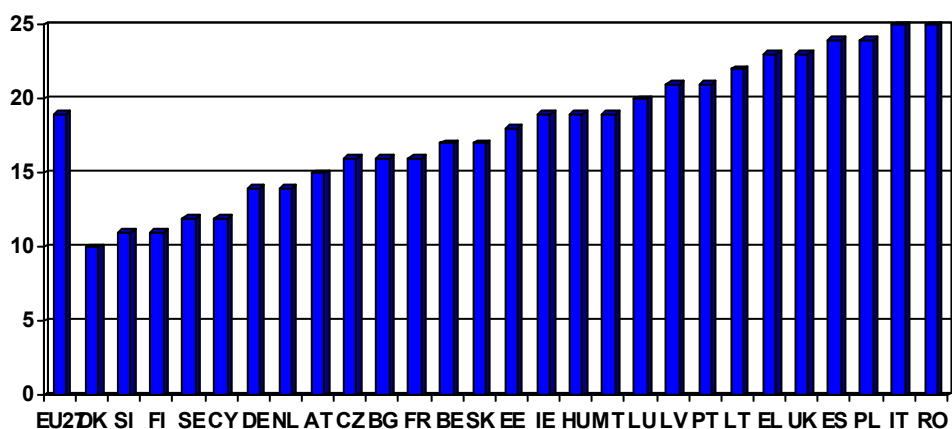
Ländern bezüglich ihrer Leistungen und der Politik, die sich als wirksam für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und ihren Familien erwiesen haben.

Kinderarmut in Europa – wo stehen wir jetzt?

Die zunehmende Erkenntnis, dass Kinderarmut sich nicht nur auf die heute lebenden Kinder auswirkt, sondern auch auf die Gesellschaft insgesamt, hat dazu geführt, dass sich zuerst einige der EU-Staaten, insbesondere das Vereinigte Königreich, das Ziel setzten, sie zu überwinden, und später die EU insgesamt. Dies wird in dem unabhängigen Bericht von Marlier et al. (2007) für die EU-Präsidentschaft Luxemburgs deutlich, in dem dazu aufgerufen wurde, im Rahmen des Prozesses der sozialen Integration der EU die Kinder zu berücksichtigen. 2006 waren dann arme Kinder eine Priorität der EU geworden und der EU-Ministerrat rief die Mitgliedstaaten dazu auf, die zu einer schnellen und wesentlichen Verringerung der Kinderarmut und der Sicherung der Chancengleichheit aller Kinder erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. 2006/07 konzentrierten sich eine zunehmende Zahl Nationaler Aktionspläne (NAP) auf Kinderarmut und die unabhängigen Experten der EU legten thematische Berichte zu Kinderarmut vor. 2008 veröffentlichte der Ausschuss für Sozialschutz der EU einen Grundlagenbericht zu Kinderarmut und kindlichem Wohlbefinden (Europäische Kommission 2008) und nach einer Überarbeitung der sogenannten Laeken-Indikatoren liegen mehr Indikatoren für die Beschreibung der Lage der Kinder vor. Gegenwärtig wird ein neues Modul der SILC-Erhebung der EU zum ersten Mal ausführliche Informationen zu Kinderarmut liefern und das ungarische Institut TARKI wurde beauftragt, eine neue thematische Studie zu Kinderarmut und Wohlergehen der Kinder zu erstellen. Was ändert sich tatsächlich in der Politik und wo stehen wir angesichts all dieser willkommenen Entwicklungen auf der Ebene der EU und einzelner Mitgliedstaaten?

Die stärkere Konzentration auf Kinderarmut hat die Aufmerksamkeit auf einen der wesentlichen Fehler bei der Messung und Analyse der Armut in der vergrößerten Europäischen Union gelenkt. Der Indikator Einkommensarmut, der mit 60 Prozent des nationalen mittleren Vergleichseinkommens angesetzt wird, bietet keine gute Grundlage für das Verständnis der Armutsraten und ihrer Verteilung innerhalb der EU.

Abb. 1: Raten der Kinderarmut in der EU (27)¹



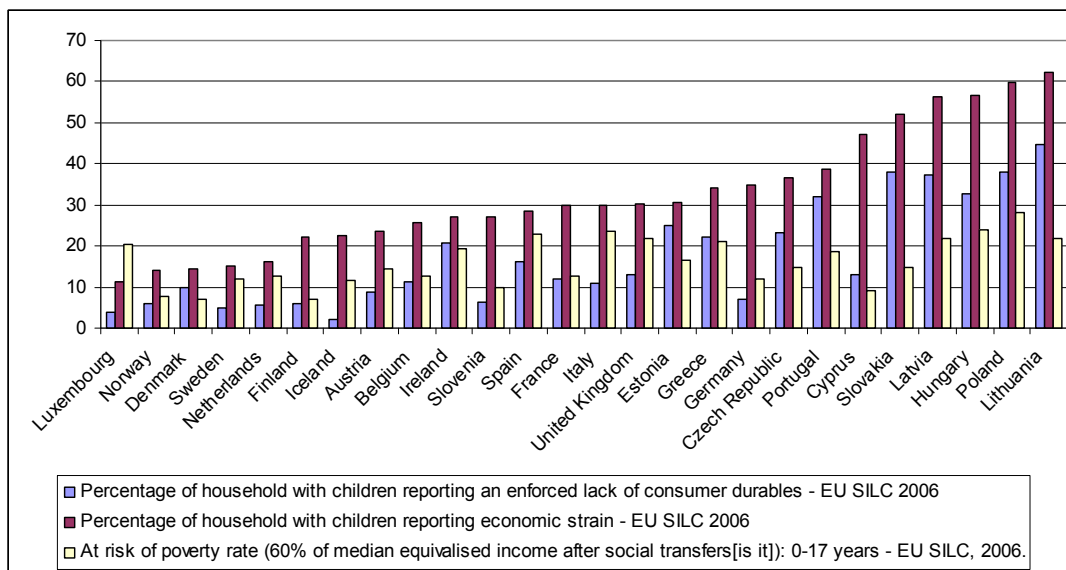
Quelle: EU SILC 2007

Die Raten der relativen Kinderarmut zeigen die Ungleichheit innerhalb eines Landes an. Sie zeigen jedoch nicht an, was Armut in dem jeweiligen Land tatsächlich bedeutet. Die Armutsgrenzen für einen Ein-Personen-Haushalt haben eine Bandbreite von 17575 € Kaufkraftparität in Luxemburg, über 10403 € Kaufkraftparität in Deutschland bis 3356 € Kaufkraftparität in Lettland. In den ärmeren EU-Mitgliedstaaten kann die relative Armutsgrenze unter der absoluten Armutsgrenze liegen.

Die in der jüngeren Vergangenheit erfolgte Einbeziehung eines Maßes für die materielle Armut und subjektive Armutsindikatoren ergeben ein realistischeres Bild der Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern. Deutschland gehört zu den Ländern, die sich dadurch auszeichnen, dass eine viel größere Anzahl von Familien angibt, wirtschaftlich unter Druck zu stehen, als die Zahl der Familien mit Einkommensarmut oder materieller Armut beträgt.

¹ Übersetzung aller Abbildungen und Legenden auf den Seiten 27 bis 29

Abb. 2: Von Einkommensarmut, materieller Armut und subjektiver Armut betroffene Kinder

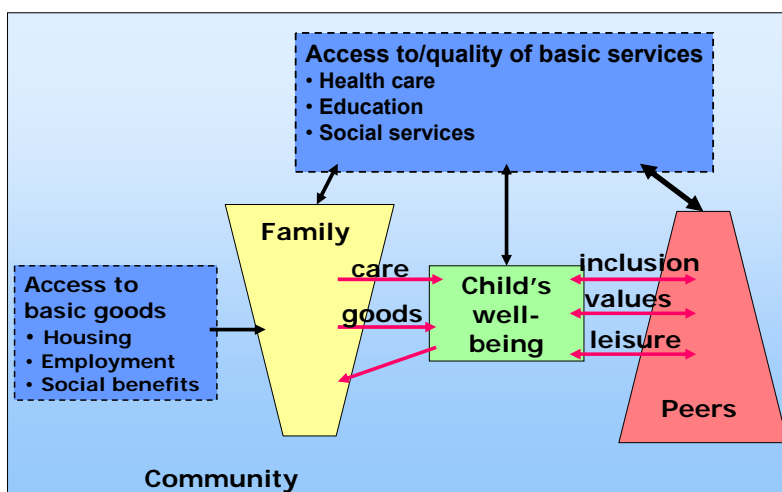


Quelle: EU SILC 2006

Armut ist nur ein Aspekt zur Beschreibung des Lebens und Wohlergehens von Kindern. Um sicherzustellen, dass Kinder ihre Entwicklungspotentiale so weit wie möglich ausschöpfen können, müssen noch andere Aspekte des kindlichen Wohlergehens in Betracht gezogen werden. Es gibt keine einfache Definition dafür, was kindliches Wohlergehen ist. Aus der Sicht der Kinderrechte kann kindliches Wohlergehen verstanden werden als Umsetzung der Rechte der Kinder und Sicherung, dass jedes Kind alle seine Möglichkeiten ausschöpfen kann. Die Betrachtung des kindlichen Wohlergehens aus der Sicht der Kinderrechte stellt die Tatsache, dass kindliches Wohlergehen multidimensional und eng mit dem Handeln der Kinder verbunden ist, in den Vordergrund. Die Frage ist, was ist wichtig für Kinder und fördert ihre Entwicklung. Es gibt umfassende Literatur zur Bedeutung der Qualität von Beziehungen in der Familie und zu anderen Kindern, Umweltfaktoren, subjektivem Wohlbefinden und gesundem oder risikobehaftetem Verhalten für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – alles Aspekte, die bisher kaum bei der Beurteilung von kindlichem Wohlergehen berücksichtigt wurden (ein Überblick ist enthalten in Bradshaw et al., 2007). Das Handeln der Kinder widerspiegelt die aktive Rolle der Kinder bei der Gestaltung ihres eigenen Wohlergehens. Wohlergehen ist das Ergebnis eines dynamischen Prozesses von miteinander in Wechselwirkung stehenden Schutz- und Risikofaktoren im persönlichen Umfeld des Kindes, seiner Familie, Freunde, seiner schulischen Umgebung und der weiteren Gemeinschaft. Kinder schaffen ihr Wohlergehen aktiv, indem sie mit ihrer Umgebung in Wechselwirkung treten und diese unterschiedlichen Faktoren miteinander vereinbaren.

Davon ausgehend müssen bei der Beurteilung der Ergebnisse für das Kind mehr als die Standardfaktoren Gesundheit, Einbeziehung in Bildung sowie Einkommensarmut betrachtet werden. Es müssen Indikatoren betrachtet werden, die die Qualität des Lebens der Kinder wiedergeben und deren eigene Beurteilung einbeziehen. Für Kinder spezifische Indikatoren in allgemeinen Haushaltsstudien, administrative Daten und insbesondere Kinder- und Jugendstudien können Informationen zu standardisierten Ergebnisindikatoren liefern, die regelmäßig untersucht werden können.

Abb. 3: Ein Konzept des kindlichen Wohlergehens



In einer Reihe von Indizes für das kindliche Wohlergehen für die Länder der EU, der OECD und der Russischen Föderation/GUS habe Bradshaw et al. die Lage in den einzelnen Ländern mit Hinsicht auf die Indikatoren für kindliches Wohlergehen untersucht (Bradshaw et al. 2007 und 2007a, Richardson et al. 2008).²In der jüngsten Fassung des EU-Index für kindliches Wohlergehen (Bradshaw and Richardson 2009) wird dieses mit Hilfe von sieben Indikatoren untersucht:

- materielle Lage
- Gesundheit
- Bildung
- subjektives Wohlbefinden
- persönliche Beziehungen
- Verhalten und Risiken
- Wohnen und Umfeld

² Für eine Übersicht über die Methoden und verwendeten Datenquellen siehe Bradshaw et al. 2007.

Der Index macht große Unterschiede im kindlichen Wohlergehen innerhalb Europas deutlich. In den Niederlanden ist die Situation am besten – sie belegen bei allen Indikatoren einen der ersten drei Ränge. Die nordischen Länder, Deutschland aber auch Slowenien als das beste unter den neuen EU-Mitgliedstaaten belegen Ränge im oberen Drittel. Am anderen Ende liegen Malta, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien und das Vereinigte Königreich, laut deren Berichten die Lage der Kinder dort am schlechtesten ist.

Abb. 4: Kindliches Wohlergehen in der EU (27 plus Norwegen und Island)

Rang		KWE	Gesundheit	Subjektiv	Beziehungen	Materiell	Risiken	Bildung	Wohnen
1	NL	117,4	2	1	1	7	4	4	9
2	NO	114,9	6	8	6	1	2	10	1
3	SE	114,8	1	7	3	11	1	9	3
4	FI	111,1	12	6	9	4	7	7	4
5	IL	110,7	4	9	4	20	3	14	2
6	DK	109,6	3	5	10	9	15	12	5
7	SI	107,4	15	16	2	3	13	11	19
8	IE	107,2	14	10	14	6	12	5	8
9	DE	106,1	17	12	8	12	5	6	16
10	LU	104,9	5	17	19	2	11	16	7
11	AT	104,2	26	2	7	8	19	19	6
12	CY	103,7	10			14			11
13	ES	103,4	13	4	17	19	6	20	13
14	BE	102,9	18	13	18	16	21	1	12
15	FR	101,1	20	14	28	10	10	13	10
16	CZ	99,1	9	22	27	5	20	3	22
17	SK	99,0	7	11	22	13	23	17	15
18	EE	96,8	11	20	12	15	25	2	25
19	IT	95,9	19	18	20	17	8	23	20

20	PT	94,5	21	23	13	21	9	25	18
21	PL	94,5	8	26	16	26	17	8	23
22	EL	94,2	29	3	23	18	22	21	14
23	HU	94,1	23	25	11	23	16	15	21
24	UK	92,5	24	21	15	25	18	22	17
25	RO	86,9	27	19	5		24	27	
26	BG	84,9	25	15	24		26	26	
27	LV	84,0	16	24	26	22	27	18	26
28	LT	82,4	22	27	25	24	28	24	24
29	MT	81,8	28	28	21		14		

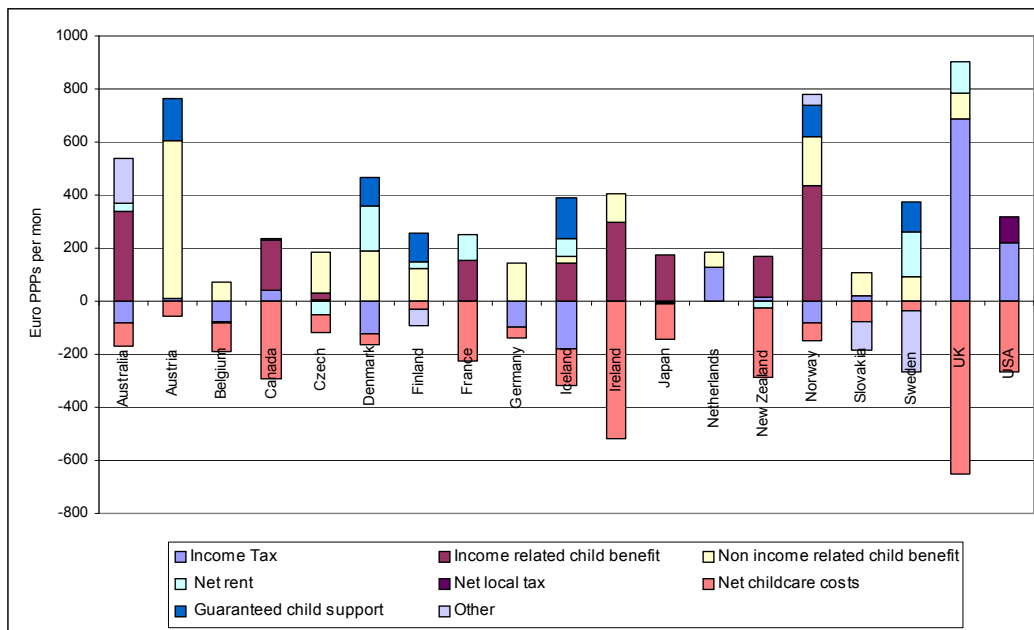
Quelle: Bradshaw and Richardson 2009

Woher kommen die Unterschiede zwischen den Ländern?

Bis zu einem gewissen Grad sind die Unterschiede im kindlichen Wohlergehen zwischen den Ländern auf den Reichtum der einzelnen Länder zurückzuführen: die Situation in reichen Ländern ist eher besser, als die in armen. Diese Beziehung ist jedoch nicht sehr stark. Das BIP pro Kopf erklärt nur 48 Prozent der Unterschiede zwischen den Ländern (Bradshaw and Richardson 2009).

Worauf es ankommt, sind politische Entscheidungen und Investitionen in Kinder. Es gibt große Unterschiede darin, welche Prioritäten in den einzelnen Ländern in der Kinder- und Familienpolitik gesetzt werden, sowie in den Steuererleichterungen, die für Kinder gewährt werden. Die folgenden zwei Diagramme geben Auskunft über die verschiedenen politischen Ansätze und die Großzügigkeit bezüglich Sozialleistungen für Kinder in den OECD-Ländern und über die Prioritäten, die die jeweiligen Regierungen für die Unterstützung von Familien gesetzt haben, ohne jedoch in den vergangenen fünf Jahren erfolgte Änderungen in der Politik zu berücksichtigen.

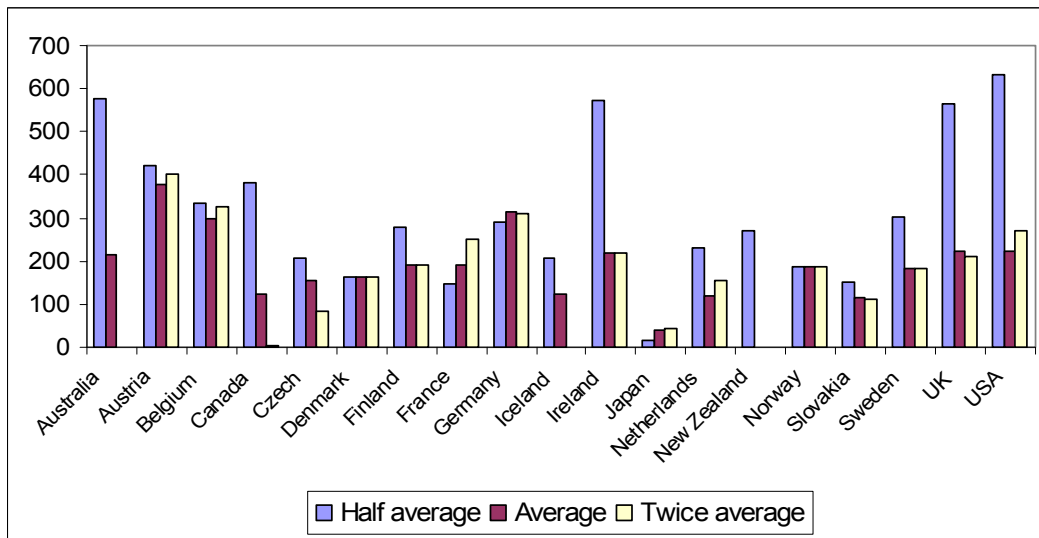
Abb. 5: Struktur der Sozialleistungen für Kinder, Alleinerziehende mit einem Kind unter 3 Jahren, Einzelverdiener mit der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens. Januar 2004



Quelle: Bradshaw 2007

Abbildung 5 zeigt die verschiedenen Leistungen (Steuererleichterungen und Geldleistungen), die alleinerziehende Eltern in den jeweiligen Ländern erhalten sowie die Steuern und Kinderbetreuungskosten, die von den Eltern zu tragen sind. Es gibt auffallende Unterschiede. Norwegen und Österreich zeichnen sich durch Großzügigkeit aus, wenn man die Kosten für Kinderbetreuung mit berücksichtigt. Das Vereinigte Königreich erscheint aufgrund der Steuergutschriften für Kinder sehr großzügig, diese Vorteile werden jedoch durch sehr hohe Kinderbetreuungskosten beinahe aufgehoben. In anderen Ländern erhalten Alleinerziehende nicht nur viel geringere Zahlungen, sondern auch die sonstigen Leistungen und Steuererleichterungen sind geringer, als die zusätzlichen Kosten, die sie tragen müssen.

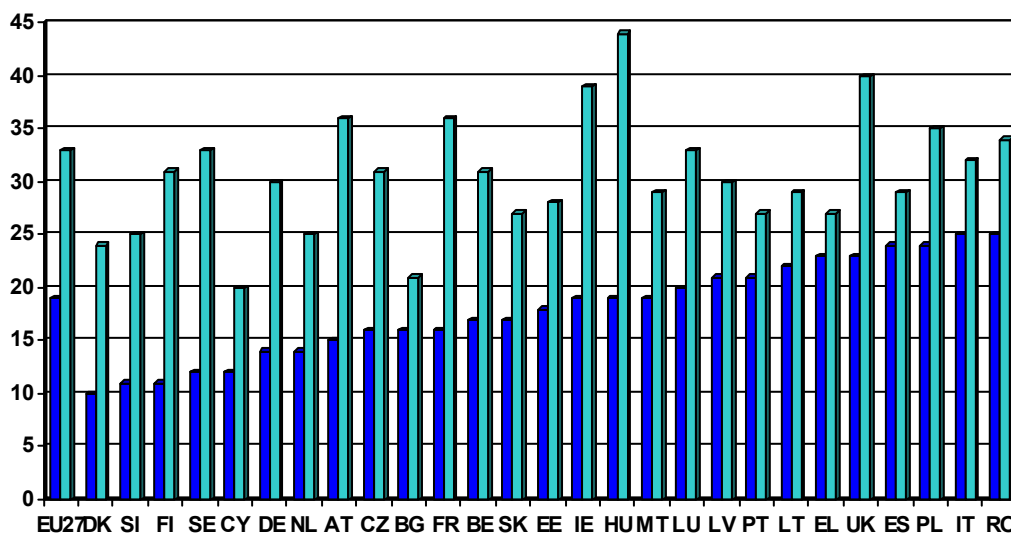
Abb. 6: Sozialeleistungen für Kinder nach Einkommen (€ Kaufkraftstandard) nach Steuern und Sozialleistungen, Ehepaar mit 2 Kindern. Januar 2004



Quelle: Bradshaw 2007

Die politischen Ansätze widerspiegeln sich in den Prioritäten in der Familienförderung, die von den Regierungen jeweils gesetzt werden. In vielen Ländern werden die Anstrengungen auf die ärmeren Familien konzentriert, während in anderen umfassende Systeme mit ähnlichen Ansprüchen aller Einkommensgruppen existieren. In der Überwindung der Kinderarmut scheinen die Länder mit umfassenden Systemen bessere Ergebnisse zu erzielen: die Raten der Kinderarmut vor und nach Transferleistungen zeigen, dass es in einigen Ländern gelingt, die Kinderarmut um mehr als die Hälfte zu senken.

Abb. 7: Kinderarmut vor und nach Transferleistungen



Quelle: EU SILC 2007

Dies legt den Schluss nahe, dass es weniger auf die Höhe der Sozialleistungen, sondern mehr auf die Gestaltung des Gesamtpakets an Erleichterungen und Leistungen für Kinder und Familien ankommt. Erfolg haben die Länder, in denen eine zusammenhängende und mehrdimensionale Strategie zur Verringerung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung verfolgt wird. Die EU-Länder mit geringer Kinderarmut haben ein niedriges Niveau der Arbeitslosigkeit und eine hohe Beschäftigungsrate für Frauen – gefördert durch erschwingliche Kinderbetreuung mit guter Qualität. Eine die Aufnahme bezahlter Tätigkeiten fördernde Arbeitsmarktpolitik, großzügige auf Versicherungen beruhende Arbeitslosenzahlungen in Kombination mit klaren Arbeitsanforderungen senken das Armutsrisiko für Familien. Was Geldtransfers angeht, so findet man eine geringe Kinderarmut in den Ländern, wo universelle Zahlungen für Kinder erfolgen und diese mit großzügigen Sozialleistungen kombiniert sind. Insgesamt wird in diesen Ländern ein relativ hoher prozentualer Anteil des BIP für soziale Sicherung ausgegeben (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Darüber hinaus verfügen die Länder, deren Kinderwohlfahrtsindex ihnen einen hohen Rang sichert, über eine Mischung von Integrationsleistungen hoher Qualität für Kinder und spezielle Angebote für besonders gefährdete Gruppen von Kindern und Familien.

Die Definitionen und Reaktionen auf Armut und soziale Probleme haben sich im Laufe der Zeit geändert. In Europa gibt es recht deutlich zu unterscheidende Gruppen von Ländern mit jeweils gleichen Traditionen im Umgang mit sozialen Problemen: die nordischen Sozialstaaten, die liberalen Sozialstaaten (z.B. das Vereinigte Königreich), die kontinentalen Sozialstaaten (z.B. Frankreich und Deutschland) und die südeuropäischen Sozialstaaten. Die neuen EU-Mitgliedstaaten hatten zwar in der Vergangenheit einander ähnliche Systeme, haben sich jedoch im Zuge ihres Wandels weit auseinander entwickelt, so dass sie nicht eindeutig geografisch zugeordnet werden können.

Jedes dieser unterschiedlichen Sozialsysteme hat Schwächen und Stärken, die sich im jeweiligen Niveau der Kinderarmut und des kindlichen Wohlergehens niederschlagen - wobei die nordischen Länder zu den besten gehören und die liberalen Staaten weniger erfolgreich sind, als ihrem Einkommensniveau zufolge zu erwarten wäre. Es ist demzufolge wichtig, die politische Ökonomie der Sozialleistungen und die potentielle Richtung von Reformen zu verstehen. Es gibt jedoch auch Spielraum. Gleichgültig, ob Länder ihre Politik allmählich ändern oder ihre Systeme der sozialen Sicherung und der Erbringung von Sozialleistungen mit großen Reformen innerhalb kurzer Zeit ändern - es ist möglich, wirksamere und besser auf die Kinder ausgerichtete politische Ansätze einzuführen.

Ein gutes Beispiel ist das Vereinigte Königreich. Traditionell einer der liberalen Sozialstaaten, in denen sehr zielgerichtete Politik bevorzugt wurde, war es das erste EU-Mitgliedsland, das sich vornahm, die Kinderarmut innerhalb einer Generation zu beseitigen. Auf diesen Ent-

schluss folgten tief reichende Reformen und Investitionen in Geldleistungen, in eine stärker fördernde Arbeitsmarktpolitik, in die frühkindliche Entwicklung und Leistungen für Kinder und ihre Familien in einer Mischung breit angelegter und streng auf Zielgruppen gerichteter politischer Maßnahmen. Bis 2005 waren 700.000 aus der Armut befreit worden, allerdings hatte die Regierung ihr Ziel für die Verringerung der Kinderarmut nicht erreicht (DWP 2007). Eine genauere Analyse ergab, dass die Kinder, die nahe der Armutsgrenze lebten, den größten Nutzen aus den Maßnahmen zogen, während die ärmsten Familien der Armut nicht entkommen konnten. Dies lässt darauf schließen, dass noch größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um schwere und Langzeitarmut zu überwinden (Magadi and Middleton, 2005).

Verringerung der Kinderarmut – künftige Schritte

Die Verringerung der Kinderarmut ist nicht nur ein Nebenprodukt allgemeiner Armutsbekämpfungsstrategien, sondern bedarf klarer politischer Prioritäten, integrierter und zusammenhängender Strategien und angemessener Haushaltsmittel. Eventuelle Fortschritte können leichter festgestellt und Erfolge der Politik und Programme besser eingeschätzt werden, wenn klare, auf die Lage der Kinder orientierte Ziele gesetzt werden. Auf europäischer Ebene sollten die bezüglich der Kinderarmut gesetzten Prioritäten ergänzt werden durch eindeutige europäische Ziele für die Bekämpfung der Kinderarmut, um ein stetiges Fortschreiten innerhalb der offenen Koordinierungsmethode zu sichern. Das vor uns liegende Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung böte den Mitgliedstaaten gute Möglichkeiten, solche Verpflichtungen zu vereinbaren.

Um wirksam zu werden, sollten den Strategien klare Prinzipien zugrunde liegen:

- Sie sollten zum Fortschritt bei der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention beitragen.
- Sie sollten auf frühzeitige Intervention und Prävention konzentriert sein.
- Sie müssen ein Gleichgewicht zwischen universellen und gezielten Ansätzen herstellen.
- Sie müssen die antidiskriminierende Wirkung der Politik sichern und die Kinder vor Schaden bewahren, indem sie für eine Einschätzung der Auswirkungen der Politik auf die Kinder und arme Familien sorgen.
- Die Einbeziehung der Kinder, Eltern und anderer Betroffener ist ein untrennbarer Bestandteil der Strategie.
- Die Strategien werden gestützt durch transparente, effiziente und ergebnisorientierte Haushaltsplanung.

Zu den Elementen einer umfassenden Strategie zur Überwindung der Kinderarmut gehören:

Bezahlte Arbeit für die Menschen

Es wird EU-weit anerkannt, dass dies der beste Weg aus der Armut und ist und unter den Familien, in denen die Eltern arbeiten - insbesondere dort, wo beide Eltern arbeiten - ist der Anteil der Kinderarmut geringer, als in Familien mit arbeitslosen Eltern. Es gibt jedoch auch eine beträchtliche Anzahl Kinder, die arm sind, obwohl ihre Eltern Arbeit haben. Es muss also gesichert werden, dass diese Eltern über ein auskömmliches Einkommen verfügen. Die verschiedenen Mitgliedstaaten nutzen verschiedene Strategien, um die Integration von Eltern in den Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu gehören Steuererleichterungen oder zusätzliche Zahlungen für Menschen mit geringem Einkommen, eine Mischung aus Arbeitslosengeld und Arbeitsförderung, Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen, die es den Eltern gestatten, Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren. Es können jedoch nicht alle Eltern Arbeiten gehen aufgrund von Pflegeverpflichtungen, Behinderungen oder weil einfach nicht genug Arbeitsplätze vorhanden sind (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Wirksame Transferzahlungen

Transferleistungen in Form von Geld sind ein wichtiges Mittel, um Kinder vor Armut zu schützen und für die Eltern einen Ausgleich für die Kosten der Kindererziehung zu schaffen. In den meisten Ländern gibt es sowohl universelle Leistungen (z.B. Kindergeld) als auch zielgerichtete Zahlungen an Familien mit niedrigem Einkommen (z.B. Sozialhilfe oder Wohngeld) oder besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen (z.B. Behindertenhilfe). Wie wirksam Geldtransfers sind, hängt sehr von der Höhe der Zahlungen und der Abstimmung der einzelnen Maßnahmen miteinander ab. Auch die Leichtigkeit des Zugangs zu solchen Zahlungen und die Flexibilität der bedarfsorientierten Leistungen sind wichtig um einerseits zu vermeiden, dass Mittel aufgrund bürokratischer Barrieren nicht in Anspruch genommen werden und andererseits zu verhindern, dass hohe Grenzsteuersätze die Menschen davon abhalten, bezahlte Arbeit anzunehmen und so in die Armutsfalle zu gelangen (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Chancengleichheit im Bildungswesen

Bildung bietet Kindern die Möglichkeit, aus dem Kreis der Armut auszubrechen und die Möglichkeiten und Kompetenzen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, zu erlangen. Für die Beseitigung der Wurzeln der Armut ist es von größter Wichtigkeit, einen gleichberechtigten Zugang aller Kinder zu qualitativ hochwertiger Bildung einschließlich höherer Bildung zu sichern und die Zahl derjenigen, die frühzeitig aus der Schule ausscheiden, zu verringern. In vielen Ländern sind die Bildungschancen von Kindern noch verbunden mit ihrer sozialen Herkunft. In Armut lebende Kinder, Kinder mit Migrationshintergrund und solche mit Behinderungen gehören zu denen, die oft auf Hindernisse und Nachteile im Bildungswesen stoßen (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Investitionen in die frühe Kindheit

Die Auswirkungen der Armut sind umso stärker, je jünger die Kinder sind, und viele der in Armut aufwachsenden Kinder kommen schon mit einem Rückstand in Entwicklung und Wissen in die Schule, der schwer aufzuholen ist. Mit öffentlichen Investitionen in Form guter Sozialleistungen für Kleinkinder, darunter gesundheitliche Betreuung, Sozialleistungen für die Eltern und Kinderbetreuung werden die besten Ergebnisse erzielt. Insbesondere benachteiligte Kinder ziehen Nutzen aus der Kinderbetreuung, da sie erwiesenermaßen die soziale und kognitive Entwicklung der Kinder fördert. Damit auch Familien mit geringem Einkommen sie nutzen und Eltern Familien- und Arbeitsleben miteinander in Einklang bringen können, muss die Kinderbetreuung erschwinglich sein und flexibel auf die Bedürfnisse der Familien eingehen (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Sachleistungen

Zugang zu angemessenem Wohnen, gesundheitliche Betreuung und Sozialleistungen sind die grundlegenden Elemente eines umfassenden Pakets an Leistungen für einkommensschwache Familien. In benachteiligten städtischen und ländlichen Bezirken kann der Zugang zu hochwertigen Leistungen eingeschränkt sein. Dies erfordert nicht nur eine Ausweitung der Leistungen, sondern auch innovative Strategien innerhalb der jeweiligen Gemeinschaften, die den sozialen Zusammenhalt auf örtlicher Ebene stärken.

Häufig haben arme Kinder und Jugendliche auch nicht die Möglichkeit, sich an der Lebensweise und den Betätigungen ihrer Altersgenossen zu beteiligen. Damit verstärkt sich für sie das Risiko der sozialen Ausgrenzung und es kann wesentliche Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden und ihre Entwicklung haben. In ländlichen und benachteiligten städtischen Bezirken ist die Infrastruktur für Kinder in der Regel unzureichend entwickelt. In städtischen Umgebungen fehlt es unter Umständen an sicheren Orten, an denen die Kinder spielen und ihre Zeit verbringen können. Durch die Schaffung von Möglichkeiten für die Kinder, sich an Kultur, Sport und Erholung insbesondere im Rahmen der örtlichen Gemeinschaft zu beteiligen, wird die Aufmerksamkeit auf das gegenwärtige Leben und Wohlbefinden der Kinder gelenkt und ihnen geholfen, soziale und persönliche Fertigkeiten zu entwickeln, die sie benötigen, um aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Zielgerichtete Unterstützung besonders gefährdeter Kinder

Breite Ansätze und Leistungen, die sämtliche Kinder unabhängig von ihrer Herkunft unterstützen, sollten das Rückgrat einer guten Politik für Kinder und Familien darstellen. Allerdings ist das Risiko der Ausgrenzung für einige Kinder besonders groß – darunter Kinder mit Behinderungen, solche, die Gewalt erfahren haben, Pflegekinder und Kinder mit Migrationshintergrund beziehungsweise Kinder, die ethnischen Minderheiten (einschließlich Roma) angehören. Allgemeine Leistungen reichen unter Umständen nicht aus, um auf die besonderen Bedürfnisse aller Kinder einzugehen und sollten deshalb durch zielgerichtete Maßnah-

men ergänzt, jedoch nicht ersetzt, werden. So wie einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut muss auch diesen Leistungen ein Ansatz zugrunde liegen, der die soziale Integration aller Kinder fördert (Europäische Kommission 2008, Hoelscher 2006).

Schlussfolgerungen

Wie kann eine solche Palette politischer Maßnahmen gefördert werden in einer Zeit, in der die Regierungen aufgrund knapper Haushalte über Kürzungen im Sozialbereich nachdenken? Investitionen in Kinder und Familien sind Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Wenn es den Kindern gut geht, geht es den Gesellschaften insgesamt gut. Es gibt kein Entweder/Oder – die oben dargestellten politischen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit tragen dazu bei, Gesellschaften mit sozialem Zusammenhalt für alle zu schaffen. Die Frage sollte eher sein, ob wir es uns leisten können, die Kinderarmut nicht zu bekämpfen; ob wir es uns leisten können, dass eine weitere Generation armer Kinder ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht voll ausschöpfen kann.

Ja, die globale Wirtschaftskrise ist eine Chance, die bestehenden Systeme der sozialen Sicherung, des Gesundheits- und Bildungswesens und der Sozialleistungen zu hinterfragen - jedoch nicht mit dem Ziel, die Ausgaben hier zu kürzen, sondern um die verschiedenen politischen Ansätze zu stärken und innerhalb einer Gesamtstrategie zu bündeln, um die Kinderarmut zu beseitigen und die soziale Integration Aller zu fördern.

2010 wird das europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung. Geplant lange bevor die globale Wirtschaftskrise die Europäische Union erreichte, wird dieses Jahr eine zeitgemäße Möglichkeit bieten, nicht nur darüber zu debattieren, wie wir Investitionen in Kinder und Familien schützen können, sondern die politischen Grundlagen für die Errichtung eines Europas ohne Kinderarmut zu schaffen.

Literaturhinweise

- Bradshaw J. und D. Richardson (2009): An index of child well-being in Europe. In: Journal of Child Indicators Research.
- Bradshaw, J. (2007) Child benefit packages in 22 countries, in H. Wintersberger, et al. (Herausg.) *Childhood, Generational Order and the Welfare State: Exploring children's social and economic welfare*, University Press of Southern Denmark, Odense.
- Bradshaw, J., P. Hoelscher und D. Richardson (2007): Comparing child well-being in OECD countries: concepts and methods. Innocenti Working Paper. Florenz: UNICEF.
- Bradshaw, J., P. Hoelscher und D. Richardson (2007a): An index of child well-being in the European Union. In: Journal of Social Indicators Research.
- Department for Work and Pensions (2007): Households below average income (HBAI) 1994/95 – 2005/06. <http://www.dwp.gov.uk/asd/hbai/hbai2006/contents.asp>
- Europäische Kommission (2008): Child poverty and child well-being in the EU. Current status and ways forward. Brüssel: Europäische Kommission
- Griggs, J. und R. Walker (2008): The costs of child poverty for individuals and society. A literature review. York: Joseph Rowntree Foundation.
- Hoelscher, P. (2006): What works? Preventing and reducing child poverty in Europe. In: European Journal for Social Security (September).
- Magadi, M. and S. Middleton (2005): Britain's poorest children revisited: Evidence from the BHPS (1994-2002). CRSP Research Report 3. Loughborough: Centre for Research in Social Policy.
- Marlier, E., A.B. Atkinson, B. Cantillon and B. Nolan (2007): The EU and Social Inclusion. Facing the Challenges. Bristol: Policy Press.
- Richardson, D., P. Hoelscher and J. Bradshaw (2008): Child well-being in Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States. In: Journal of Child Indicators Research.

Abb. 1

EU 27, Dänemark, Slowenien, Finnland, Schweden, Zypern,
Deutschland, Niederlande, Österreich, Tschechische Republik,
Bulgarien, Frankreich, Belgien, Slowakische Republik, Estland,
Irland, Ungarn, Malta, Luxemburg, Lettland, Portugal, Litauen,
Griechenland, Vereinigtes Königreich, Spanien, Polen, Italien, Rumänien

Abb. 2

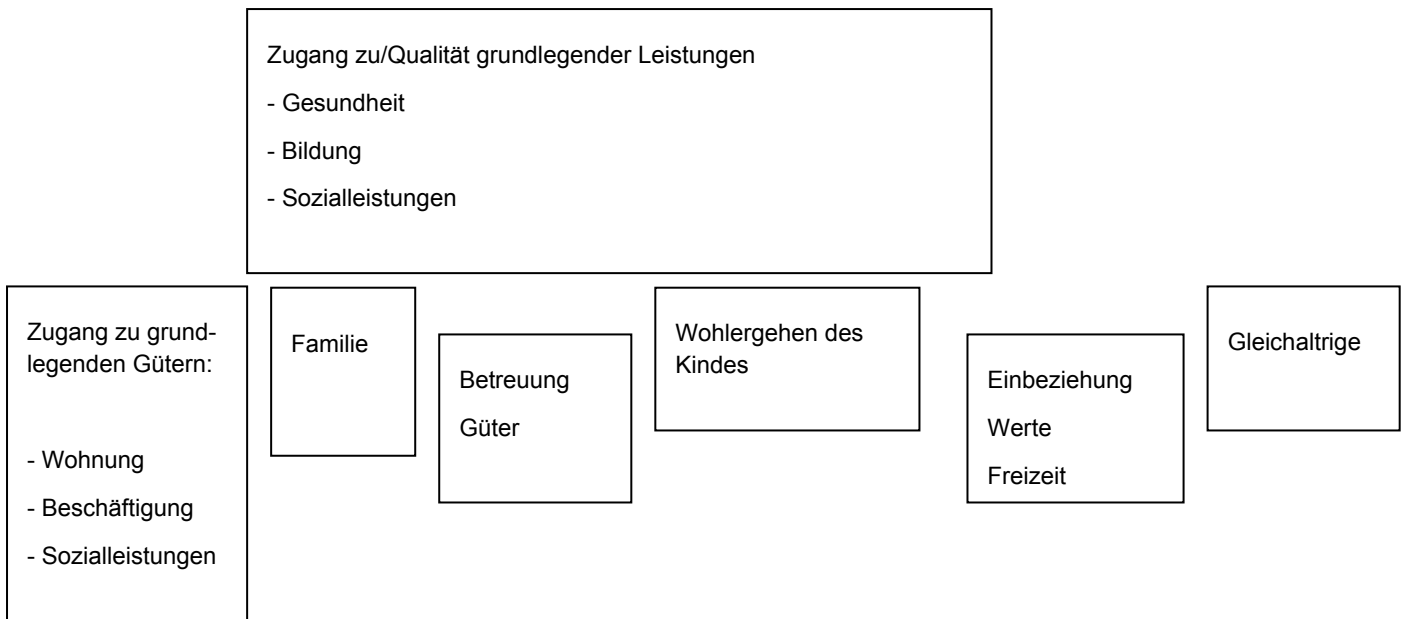
Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Schweden, Niederlande,
Finnland, Island, Österreich, Belgien, Irland, Slowenien, Spanien,
Frankreich, Italien, Vereinigtes Königsreich, Estland, Griechenland,
Deutschland, Tschechische Republik, Portugal, Zypern
Slowakische Republik, Lettland, Ungarn, Polen, Litauen

Prozentualer Anteil der Haushalte mit Kindern, die angeben, auf langlebige Verbrauchsgüter verzichten zu müssen - EU SILC 2006

Prozentualer Anteil der Haushalte mit Kindern, die angeben, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu haben - EU SILC 2006

Risiko, unter die Armutsgrenze zu geraten (60 % des mittleren Vergleichseinkommens nach Sozialleistungen (tatsächlich)); 0 – 17 Jahre – EU SILC 2006

Abb. 3



Gemeinschaft

Abb. 5

links (senkrecht):

Euro Kaufkraftäquivalent pro Monat

Ländernamen:

Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland
 Frankreich, Deutschland, Island, Irland, Japan, Niederlande, Neuseeland, Norwegen
 Slowakische Republik, Schweden, Vereinigtes Königreich, USA

Diagramm-Legende:

- Einkommenssteuer	- einkommensabhängiges Kindergeld	- einkommensunabhängiges Kindergeld
- Nettomiete	- örtliche Nettosteuer	- Nettokosten für Kinder-
- Garantiertes Kindergeld	- Sonstiges	Betreuung

Abb. 6:

Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland
Frankreich, Deutschland, Island, Irland, Japan, Niederlande, Neuseeland, Norwegen
Slowakische Republik, Schweden, Vereinigtes Königreich, USA

Hälfte des Durchschnitts

Durchschnitt

Doppel des Durchschnitts

Abb. 7

EU 27, Dänemark, Slowenien, Finnland, Schweden, Zypern,
Deutschland, Niederlande, Österreich, Tschechische Republik,
Bulgarien, Frankreich, Belgien, Slowakische Republik, Estland,
Irland, Ungarn, Malta, Luxemburg, Lettland, Portugal, Litauen,
Griechenland, Vereinigtes Königreich, Spanien, Polen, Italien, Rumänien

**Strategien gegen Kinderarmut in Europa
aus der Sicht von Deutschland/Nordrhein-Westfalen**

Gerda Holz

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/Main

- Es gilt das gesprochene Wort -

Zum Umfang: Je nach zugrunde liegendem Messkonzept variieren die Zahlen und die Quoten der Minderjährigen, die unter Armutbedingungen aufwachsen. Für 2007 weist das BMFSFJ auf der Basis der neuen 60 %-EU-Armutsgrenze eine bundesweite Quote von 17,7 % und die Zahl von 2,4 Millionen unter 18-Jährigen aus (vgl. BMFSF 2008: 63). Das Land NRW nennt für 2007 orientiert an der früheren 50 %-EU-Armutsgrenze die Zahl von 776.000 Minderjährigen (Quote = 24,3 %) (vgl. MAGS 209: 12). Wird „nur“ der Bezug von Sozialgeld (Hartz IV) und damit auf die Altersgruppe der unter 15-Jährigen betrachtet, dann lauten die Quoten für Juni 2008: Deutschland = 16,3 %, Westdeutschland = 13,8 % und NRW = 17,8 % (vgl. Schröder 2008).

Typisch ist eine breite regionale Streuung, die sich mittlerweile als soziale Dreiteilung der Bundesrepublik mit einem Ost-West- und einem Nord-Süd-Gefälle beschreiben lässt (vgl. DPWV 2009). Zudem kann von einem Stadt-Land-Gefälle sowie großen innerkommunalen Disparitäten ausgegangen werden. In NRW reichte Mitte 2008 das Spektrum der Hartz IV-Quoten bei der Gruppe der unter 15-Jährigen von 33,2 % für Gelsenkirchen bis 6,5 % für den Kreis Coesfeld (vgl. Schröder 2008).

Dem Armutsrisiko unterliegen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich. Einige Beispiele: Der Altersgruppenvergleich zeigt für Kinder und Jugendliche die höchsten Risikoquoten an. Der Gendervergleich belegt, dass Frauen spätestens ab dem jungen Erwachsenenalter und danach kontinuierlich bis ins hohe Alter stärker armutsbetroffen sind. Bei Differenzierung nach Erwerbsgruppen sind vor allem die (Langzeit-)Erwerbslosen und Erwerbstätige im Niedriglohnbereich, bei einer Differenzierung nach Bildungshintergrund sind besonders die niedrig Qualifizierten armutsgefährdet.

Kinder sind besonders dann risikogefährdet, wenn sie in einer Familie mit einem oder mehreren der folgenden fünf soziale Merkmale aufwachsen: alleinerziehend, bildungsfern, Migrationshintergrund, mehr als zwei Geschwister, Lebensort ist ein sozial belastetes Quartier. Besteht eine Merkmalskombination potenziert sich die Gefährdung um ein Vielfaches. Das höchste Risiko haben Kinder in Ein-Eltern-Familien (NRW = 42,6 %) (vgl. MAGS 2009: 12).

Als Ursachen von Armut bei Erwachsenen gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit und in den letzten Jahren massiv zunehmend Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitniveau und/oder mit Niedriglohn. So lag 2006 der Anteil der Vollerwerbstätigen mit Niedrigeinkommen (Working poor) an allen Erwerbstätigen bei 22 % (Rhein 2009: 6). Zwischenzeitlich wird bereits von einer größeren Gruppe „arbeitender Armer“ als „arbeitsloser Armer“ ausgegangen. Die NRW-Zahlen weisen ebenfalls darauf hin. In einkommensarmen Haushalten mit Kindern gehen lediglich 37,4 % keiner Erwerbstätigkeit nach, dagegen arbeiten 34,5 % der Eltern auf Vollzeit- und 18 % auf Teilzeitniveau. In jedem zehnten einkommensarmen Haushalt arbeiteten die Eltern sogar mehr als Vollzeit (vgl. MAGS 2009:15).

Neben den Erwerbsproblemen sind weiterhin Trennung und Scheidung sowie Überschuldung armutsursächlich. Noch selten wird – und wenn dann mit Bezug zur Problematik „Frauenarmut“ – die nicht oder nur gering entlohnte Haus-/Pflege-/Erziehungs-/Sorgearbeit diskutiert. Die Gefahr heute für eine größer werdende Gesellschaftsgruppe liegt in dem Trend „Armut vor der Arbeit – Armut während der Arbeit – Armut nach der Arbeit“. Die Verstetigung der Ränder der Einkommensskala (Armut und Reichtum) nimmt zu, die Mitte schrumpft (zuletzt Frick/Grabka 2009: 54-68). Ursache von Armut bei Kindern ist das Aufwachsen in einer Familie mit den oben genannten Risikomerkmale.

Wurden in Deutschland/NRW spezielle staatliche Lösungsstrategien entwickelt?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass alle drei staatlichen Ebenen – also Bund, Länder und Kommunen/Kreise – quantitativ wie qualitativ einiges unternommen, um Armutsbekämpfung zu realisieren. Charakteristisch ist ein reaktives Handeln, dabei mit Blick auf ältere Heranwachsende oder Erwachsene. Die Handlungsansätze reichen von finanziellen Zuwendungen bzw. Entlastungen von Familien, vermehrter Bemühung des Verbleibs bzw. der Re-Integration von Eltern in den Arbeitsmarkt oder des Ausbaus der Infrastruktur für eine (ganztägige) Kinderbetreuung ab Geburt bis zum Jugendalter.

Typisch ist ein Mix von unterschiedlichen Ansätzen und Maßnahmen. Auffallend ist, dass dabei so gut wie gar nicht von Einkommensarmut und deren materiellen wie immateriellen Folgen für Kinder, sondern eher verklausuliert von verschiedenen Lebenslagen, besonderen Problemen sozial „schwacher“ Bevölkerungsgruppen oder neuerdings vor allem von bildungsfernen Problemgruppen gesprochen wird. Es hat lange gedauert, bis Politik und Verwaltung eingestanden haben, dass in Deutschland seit langem Kinder und Jugendliche die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko waren und zum Teil noch zunehmend sind. Beides zusammen – die Mehrdimensionalität und Komplexheit des Phänomens Kinderarmut und der eher zögerliche staatliche Umgang damit – bilden heute eine Gemengelage, die sich weniger durch das generelle Fehlen staatlicher Strategien, sondern eher durch eine Art von Kurzschlussreaktion mit dem Trend zur Überregulierung auszeichnet. Prägend ist eine sicherlich gut gemeinte Steuerung nach dem Gießkannenprinzip verbunden mit geringem Wissen oder vielleicht auch Interesse an einer wirklichen bedarfsgerechten Strukturentwicklung zum Vorteil armer bzw. sozialbenachteiligter Minderjähriger. Nur allein auf Bundesebene existieren drei große Instrumente mit jeweils einer Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung von (armen) Familien, wohlgerneht für Familien nicht ausdrücklich für Kinder.³ Ein ähnliches Bild spiegeln die Landes- und die kommunale Ebene wieder.

Als grundsätzliches Steuerungsproblem – mindestens des Bundes – erweist sich zunehmend genau diese Familien- und Elternzentriertheit (vgl. Holz 2009). Kindern wird so automatisch die Rolle eine „Anhängsel“ mit jeweils abgeleiteten aber keinen eigenen originären Ansprüchen zugewiesen. Sie werden immer noch viel zu wenig als eigenständige Persönlichkeiten mit spezifischen Bedarfen und eigenen Rechten auch gegenüber dem Staat gesehen. Ein struktureller Fehler, denn die entscheidende Frage „Was kommt beim (armen) Kind tatsächlich an?“ kann nur über die Frage „Was brauchen (arme) Kinder?“ beantwortet werden. Das gilt für elterliches wie öffentliches Handeln. Erst in neuerer Zeit mehren sich die Anzeichen für einen sich langsam vollziehenden Einstellungswechsel auf allen Staatsebenen. Einige Blitzlichter dazu.

³ Das sind geldwerte, zeitwerte und sachwerte Leistungen. Vgl. BMFSFJ 2009.

Bund	<p>Ein neuer Fokus „Eltern /Familien brauchen Geld, Zeit und Infrastruktur“, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Infrastruktur für unter 3-Jährige • Erhöhung der Finanztransfers für Familien (Kinderzuschlag, Kindergeld, Hartz IV-Regelleistung, Schulmaterial) • Erwerbsbeteiligung von Frauen/Müttern sichern und erhöhen • Erweiterung des Blicks auf die Beteiligung und Rolle der Väter <p>Trend: Umsetzung Nationaler Aktionsplänen, Implementation von Wirkungskontrolle</p>
Länder	<p>Ein neuer Fokus „Bildung und Chancengerechtigkeit für alle Kinder“, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe sichern – Bildungschancen ab Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg eröffnen <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausbau und Qualifizierung der Bildungsangebote ○ Vermeidung negativer Bildungskarrieren – Berufs(aus)bildung fördern • Integrationsbemühungen um Kinder mit Migrationshintergrund ausweiten • Zusätzliche Mittel/Ressourcen für sozial benachteiligte Familien/Kinder <p>Trend: Sozialberichterstattung als Instrument zur Armutsprävention</p>
Kommunen	<p>Ein neuer Fokus „Die kinderfreundliche Kommune/Stadt gestalten“, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe • Ausbau des Bereiches „Frühe Förderung und Frühe Hilfen“ • Ausbau der ambulanten und familienunterstützenden Maßnahmen • Verbesserung des Zugang zu Einrichtungen und Angeboten für alle Kinder <p>Trend: Vernetzung und Integration in eine breit angelegte Stadt-Regionalentwicklung</p>

Deutschland geht langsam einen Weg von einer ausschließlich Familien- hin zu einer verstärkten Kindorientierung. Das ist dringend geboten, nicht nur weil uns die europäischen Nachbarn andere Wege mit mehr Erfolgen aufzeigen, sondern auch weil sich nur so die staatliche Pflicht-Aufgabe gemäß § 1 SGB XII „Aufwachsen im Wohlergehen für alle und ganz besonders für benachteiligte Kinder zu sichern“ tatsächlich realisieren lässt.

Sind interessante/erfolgreiche Projekte/Maßnahmen von Seiten der NGO – Nichtregierungsorganisationen – bekannt?

Armuts- und Gerechtigkeitsfragen sind qua Selbstverständnis, Profil und Aufgabenzuweisung in ganz besonderer Weise die Themen und Handlungsfelder der NGO's in Deutschland, ganz besonders der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Oder anders ausgedrückt, ohne diese läuft wenig. Dabei sind ihre besondere Rolle als sozialpolitische Akteure im Sinne des „Sprachrohrs für benachteiligte Gruppen“ und ihre Funktion als größter Anbieter sozialer Dienste und Maßnahmen zu sehen. Auch das Thema „Kinderarmut“ ist erst durch ihr Engagement zunächst zu einem fachpolitischen und schließlich zu einem Thema

der breiten Öffentlichkeit geworden⁴. Positiv wirkt: sie sind einflussreiche Garanten sozialer Gerechtigkeit aufgrund ihrer Problem- und Bedarfsnähe, als Motor sozialer Innovationen und als wichtigster Träger der sozialen Infrastruktur. Negativer Effekt sind die geringe Bedeutung von Selbstengagement/-organisation und das geringe politische Gewicht von Betroffenenverbänden in diesem Politikfeld. Hier sind andere EU-Länder (z.B. Belgien, Niederlande) ganz anders aufgestellt. In Deutschland besteht immer die Gefahr, dass das, was die großen Verbände nicht politisch artikulieren, auch nicht als soziale Wirklichkeit gesehen wird.

Beispiele für das NGO-Engagement zugunsten von (armen) Kindern und Jugendlichen finden sich allorts in Deutschland. Das Spektrum reicht vom bürgerschaftlichen Engagement in Kirchengemeinden oder in Vereinen, die caritative Hilfen für Kinder und Familien leisten⁵; es wechselt über zu der Entwicklung und Erprobung expliziter Präventionsangebote in sozialen Einrichtungen und Diensten⁶ bis hin zur Initiierung resp. maßgeblichen Gestaltung von komplexen Handlungsansätzen einer kindbezogenen Armutsprävention in Kommunen⁷. Zusammengefasst finden sich ein breites Engagement vieler Akteure sowie eine kaum mehr überschaubare Zahl von Einzelmaßnahmen vor Ort. Dagegen sind die Beispiele einer systematischen Herangehensweise zur strukturellen Armutsprävention in und durch Kommunen oder gar durch Länder und Bund noch sehr überschaubar. Die zuvor genannten Kommunen sind sicherlich Vorreiter und könn(t)en gut als best practise dienen.

Was bleibt dem Land NRW zu tun?

Zunächst ist etwas Besonderes herauszustellen: NRW verfügt seit kurzem als einziges Bundesland sowohl über eine vom zuständigen Fachministerium erstellte Analyse der „Prekären Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in NRW“ als auch über ein damit verknüpftes

⁴ Z.B. über die AWO-ISS-Langzeitstudie, die Armutsberichte von Caritas und Diakonie, die Diskussion der Sozialleistungen seitens des DPWV.

⁵ Z.B. Kindertafeln, Kleiderbörsen, Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil/Quartier, Sozialpatenschaften, Lesepatent, Stadtteilmütter, Ferienfreizeiten, Spenden usw. Vgl. u.a. Forum Kind und Kirche der Ev. Kirche der Pfalz 2007.

⁶ Z.B. „Starke Kinder – Starke Eltern“ des Deutschen Kinderschutzbundes, von familienunterstützenden und nachbarschaftsfördernden Konzepten der Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverbände oder Diakonischen Werke. Bezogen auf Beispiele aus NRW vgl. Stiftung Wohlfahrtspflege NRW 2009.

⁷ Z.B. „Mo.Ki -Monheim für Kinder“, „Netzwerk Frühe Förderung – Netzwerk für Familien <NeFF Dormagen>“, „PIA – Positives Aufwachsen in Aachen“ oder auch „Armen Kindern Zukunft geben – Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg“, „Kinderchancen – Armutsprävention in Augsburg“ und „Frankfurt – Die familienfreundliche Stadt mit Weitblick“. Informationen dazu sind im Internet verfügbar. Bezogen auf Hinweise zum kommunalen Handeln vgl. Regionaler Knoten Niedersachsen 2008.

und in zentralen Eckpunkten formuliertes Präventionskonzept „Mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in NRW“. Letzteres wurde von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe der Landesregierung erarbeitet und wird demnächst mit den NGO`s, Kommunen und Landesbehörden diskutiert. Ziel ist es, ein komplexes Handlungskonzept zu entwickeln, das Schritt für Schritt umgesetzt und so zu einer Strategie systematischer – d.h. struktureller – Armutsprävention des Landes ausgebaut werden soll. Wie so etwas erfolgreich erreicht werden kann, kann die Landesregierung von ihren Kommunen lernen: Monheim am Rhein (vgl. u.a. Holz; Schlevogt; Kunz; Klein 2005) und Dormagen sind bundesweit die „Urmütter“ struktureller Armutsprävention für Kinder.

Andere Bundesländer gehen hierzu andere und konzeptionell weniger weitreichende Wege. Thüringen verfügt aktuell sowohl über eine durch das Fachministerium in Auftrag gegebene Analyse (vgl. Empirica 2008) als auch über den Thüringer Kindersozialbericht, eine durch die SPD-Landtagsfraktion beauftragte Analyse (vgl. Meinert; Merten; Huth 2009). Derzeit lässt sich eine intensive politische Diskussion verfolgen, wobei scheinbar mehr Aufmerksamkeit den Analyseergebnissen und weniger eventuellen Handlungsstrategien gewidmet wird. Niedersachsen wiederum veröffentlichte 2008 eine Broschüre über umgesetzte Landesmaßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut (vgl. MS 2008). Weitere scheinen – trotz gleichbleibend hoher Kinderarmutsquoten – nicht erforderlich zu sein! Schließlich ist ein bundesweiter Trend zur Sozialberichterstattung durch die Länder feststellbar, wobei die Kinderarmutsproblematik wenigstens schon mal in einem Unterkapitel skizziert wird.⁸ So gesehen ist der NRW-Ansatz der weitreichendste und der anspruchsvollste.

Was bleibt nun in NRW zu tun? Viel: Der begonnene Prozess zur strukturellen Verankerung einer systematischen Armutsprävention im Sinne der aktiven Gestaltung des „Aufwachsens im Wohlergehen für alle Kinder“ ist fortzusetzen. Es sind möglichst rasch konkrete Strukturmaßnahmen zu realisieren. Wichtig sind Maßnahmen der finanziellen Sicherung und der Infrastrukturentwicklung für Kinder und deren Eltern. Es greift kein „entweder oder“, sondern nur ein „sowohl als auch“. Wo angesetzt werden muss, aber auch angesetzt werden kann, ist in den Kapiteln 4 und 5 des Zwischenberichtes der Landesregierung formuliert (vgl. Landesregierung NRW 2009).

⁸ Mit Blick auf Sozial-/Armutsberichte siehe Zusammenstellung des MAGS NRW. LINK: http://www.mags.nrw.de/sozber/sozialberichte_anderer_institutionen/national/laender/index.php?GEM=Sachsen. Eine explizite Beschäftigung mit Fragen zur Lebenslage von Kindern in Form eigener Berichte findet sich derzeit nur für NRW und Thüringen.

Was wird von der EU-Kommission, besonders auch im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung erwartet?

Mit Blick auf die letzten Jahrzehnte des EU-Engagements und seiner verschiedenen Programme zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ist generell festzuhalten, Deutschland hat davon immer wieder profitiert, und zwar in dem wir allesamt mit ungeliebten Fragen konfrontiert wurden und auf problematische Entwicklungen sowie Versäumnisse im eigenen Land schauen mussten. Ebenso führt(e) die Anwendung einer gemeinsamen Armutsdefinition zur quantitativen Bestimmung des Problems oder auch die Diskussion um gemeinsame Armuts-/Sozialindikatoren hierzulande dazu, typische Muster sozialpolitischer Problembewältigung um neue zu ergänzen. Traditionell erfolgt durch die NGO's die soziale Problemanzeige und je nach Bedeutung und öffentlichem Handlungsdruck wird staatlicherseits reagiert. Durch die EU-Vergleiche staatlicher Problembewältigung – z.B. in Form eines Monitorings – sind neue Problembewältigungsstrategie gefordert. Der Staat steht nun selbst im Fokus der Betrachtung. Er muss aktiv seine Ziele und Strategien zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung benennen, die dann in der Wirkung auf EU-Ebene verglichen werden. In Deutschland wird so aus verschiedenen Richtungen ein Prozeß befördert, der die Inhalte der „öffentlichen Verantwortung für Kinder“ konkretisiert. Diese – das zeigt sich immer klarer – ist eine unersetzbare Ergänzung und bei Bedarf auch die Kompensation der privaten – sprich elterlichen – Verantwortung. Sie muss dem Anspruch des Aufwachsens im Wohlergehen genügen. Deutschland lernt also von den europäischen Nachbarn.

Umgekehrt bringt die deutsche Diskussion zunehmend die Kindperspektive oder das Kindergesicht der Armut in den europäischen Diskurs ein. Hier lernen die anderen von uns.

Und genau hier ist die EU-Kommission selbst gefordert. Es fehlt ihr bisher an tatsächlichen kindbezogenen Ansätzen. Wenn die Aufnahme des Kriteriums „Schulverweigerer-Quote bei 15- oder 18-Jährigen“ in die EU-SILC als Ausdruck für präventive Konzepte gesehen wird, dann ist der Weg hier noch weit. Dringend erforderlich ist das gegenseitige Lernen aber noch viel mehr die gemeinsame Entwicklung neuer Ansätze, und zwar im Dialog mit Betroffenen, Verwaltungen, Praxis und Wissenschaft. Folie dafür ist und bleibt die kommunale Ebene – gleich in welchem Mitgliedsstaat –, denn dort leben die Kinder und ihre Familien, dort müssen die Strategien und Ansätze positive Wirkung erreichen. Es bedarf mittelfristiger EU-Förderungen von Strategien und Maßnahmen einer kindbezogenen Armutsprävention, einer Weiterführung aber auch Weiterentwicklung der OMK oder auch der Ausweitung des Lernens in Regionen.

Schließlich geht es auf EU-Ebene ebenso darum, verschiedene Politikfelder besser miteinander zu verknüpfen und (kindbezogene) Armutsprävention als Querschnittsaufgabe zu verankern. Zum Beispiel ist der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktpolitik und Kinderarmut mehr in den Blick zu nehmen (Stichwort „working poor“): Der Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifizierung von Erwachsenen oder der Stärkung einer armutsfesten Erwerbstätigkeit von Eltern – besonders von Müttern – mit der Problematik von Armut bei Kindern ist zu sehen und enger zu fassen.

Es geht um die Umsetzung von Kinderrechten (z.B. Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Bildung und auf eine gesunde Umwelt) ebenso wie um eine Diskussion von für Kinder existenziellen Themen. Dazu aktuelles Beispiel, die „neue“ Rolle der Väter. Dazu ist in Deutschland ein interessanter Prozess beobachtbar. Viele Hochglanzbroschüren beschreiben ein buntes Bild von neu gelebter Elternschaft mit partnerschaftlicher Verteilung der elterlicher Verantwortung sowie einer starken Betonung des Väter-Engagements als besonderer Lebenserfahrung für Männer. Ein Bild, das den Lebensalltag vor allem von Kindern der Mittel- und Oberschicht inklusive gesicherter finanzieller Absicherung und hoher Bildungsaspiration der Eltern beschreibt. Der graue Alltag – gerade für arme und sozial benachteiligte Gruppen – zeigt ein ganz anderes Bild. Hier sinken eher die Väterpräsenz und das Väterengagement, was wiederum zu einer Alleinverantwortung seitens der Mütter mit negativen Überlastungsfolgen für sich selbst und ihre Kinder führt (vgl. Borchardt u.a. 2008). Fakt ist: die am schnellsten zunehmende Familienform in Deutschland ist die der Ein-Eltern-Familie (darunter mehr als 90 % alleinerziehende Mütter). Welche Rolle sollen die Väter spielen? Alleinerziehenden-Haushalte wiederum weisen die höchsten Armutsquoten aus. Welche Rolle nehmen sie tatsächlich ein? Divergieren politische Wunschbilder und tatsächliche Lebensrealitäten nur hierzulande oder auch in anderen EU-Staaten immer mehr? Zeigen andere EU-Nachbarn – allen voran die nordeuropäischen Länder – nicht ganz andere erfolgreichere Wege gesellschaftlicher und damit staatlicher Gestaltung? Wohin geht es in Deutschland?

Europa ist nicht nur unsere Zukunft, sondern auch ein spannender Prozess der Begegnung und des gegenseitigen Lernens wie Verstehens. Das geschieht vor allem im direkten Austausch zwischen Menschen, dezentral und mit konkreten Lebens-/Arbeitsbezug. Weniger erfolgreich sind dabei viele Arbeitspapiere resp. Stellungnahmen, einzelne Programme oder permanente – zentrale – Meetings von Fachkräften. Die EU-Kommission hat große Gestaltungsmöglichkeiten, die wirkungsvolleren Prozesse zu befördern. Das sind mein Wunsch und meine Erwartung an das EU-Jahr 2010. Es kann und sollte uns viele Erfolge bringen.

Literaturhinweise

- Borchard, M./Henry-Hutmacher, Chr./Merkle, T./Wippermann, C. (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Berlin.
- BMFSFJ = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Familienreport 2009. Leistungen. Wirkungen. Trends, Berlin. Online:
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/familie.did=120168.html>.
- DPWV = Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (2009): Unter unseren Verhältnissen. Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Berlin. Online:
http://www.forschung.paritaet.org/fileadmin/SUBDOMAINS/forschung/armutsatlas/download/armutsatlas_web.pdf.
- Empirik (2008): Armut von Kindern und Jugendlichen in Thüringen. Endbericht im Auftrag des Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit: Berlin. Online:
http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tmsfg/aktuell/kinderarmut_2008090-02.pdf.
- Forum Kind und Kirche der Ev. Kirche der Pfalz (2007): „Arme Kinder – in unserer Gemeinde?!“. Handreichung für Presbyterien. Online:
http://www.evpfalz.de/ev_pfalz_downloads/Handreichung_Kinderarmut.pdf.
- Frick, J./Grabka, M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 4/2009; S. 54–67.
- Holz, G (2009): Kinderarmut und soziale Ungleichheit – Familienpolitik weiterdenken!, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis 2/2009, S. 68-81.
- Holz, G./Richter, A./Wüstendörfer, W./Giering, D. (2006): Zukunftschancen von armen Kindern. Frankfurt am Main.
- Holz, G./Schlevogt, V./Kunz/T./Klein, E. (2005): Armutsprävention vor Ort – „Mo.Ki-Monheim für Kinder“. Frankfurt am Main.
- Landesregierung Nordrhein Westfalen (2009): Hilfe für Kinder in Not. Mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen. Zwischenbericht der Landesregierung zur Arbeit des „Runden Tisches“. Düsseldorf. Online:
http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/Kinderarmut_-_Bericht_Runder_Tisch.pdf.
- Meiner, Chr./Merten, R./Huth, Chr. (2009): Thüringer Kindersozialbericht. Im Auftrage der SPD-Landtagsfraktion. Erfurt. Online:
<http://www.spd-thl.de/dokumente/dok/20090423-kindersozialbericht.pdf>.
- MAGST = Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2009). Sozialberichterstattung: Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein Westfalen. Düsseldorf. Online:
http://www.mags.nrw.de/sozber/sozialberichterstattung_nrw/aktuelle_berichte/Prekaere_Lebenslagen_von_Kindern.pdf.
- MS= Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (2008): Chancengleichheit für alle Kinder – Armut wirksam bekämpfen. Online:
http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C50272838_L20.pdf.
- Regionaler Knoten Niedersachsen (Hg.) (2008): Strategien gegen Kinderarmut. Impulse für die Praxis. Hannover.
- Rhein, T. (2009): „Working poor“ in Deutschland und den USA Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich, in: IAB_Kurzberich1/2009, S. 1.
- Schröder, P.M. (2008): Kinder unter 15 im SGB II-Bedarfsgemeinschaften. 2008. Online:
http://erwerbslose.verdi.de/arbeitsmarktdaten_1/data/sgb2-kinder-062008rev.pdf.
- Stiftung Wohlfahrtspflege NRW (2008): Kinder stark Machen – Benachteiligung nicht hinnehmen. Düsseldorf.

**Strategien gegen Kinderarmut in Europa
aus der Sicht von Großbritannien**

Dr. Paul Dornan

Child Poverty Action Group, London

- Es gilt das gesprochene Wort -

Dieser kurze Beitrag liefert einen Überblick über das Problem der Kinderarmut in Großbritannien sowie der diesbezüglich in den vergangenen zehn Jahren verfolgten Politik. Aufgrund seiner Kürze kann in diesem Beitrag nur eine sehr oberflächliche Zusammenfassung geboten werden, es wurde jedoch schon viel geschrieben über die Politik in Großbritannien und am Ende werden Quellen für weiterführendes Lesen angegeben.

Großbritannien hat einen hohen Anteil armer Kinder. Ihre Zahl nahm im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in den 1980er Jahren (zunehmende Ungleichheit, wachsende Arbeitslosenraten und demografische Veränderungen mit einer größeren Zahl alleinerziehender Eltern innerhalb der Bevölkerung Großbritanniens) schnell zu.

1999 verpflichtete sich die Regierung Großbritanniens dazu, die Kinderarmut bis 2020 zu überwinden. Dieses Ziel sollte über mehrere "Meilensteine" (Reduzierung der Kinderarmut um ein Viertel bis 2004/05 und um die Hälfte bis 2010/11) erreicht werden. Durch die ihr zugemessene Bedeutung wurde die Kinderarmut zu einem Problem, dessen sich alle größeren politischen Parteien annahmen.

Den zentralen Erfassungen der Regierung Großbritanniens zufolge führten die zwischen 1999 und 2009 durchgeführten Maßnahmen zu einer Verringerung der Einkommensarmut um ca. 500.000 Kinder gemessen am wichtigsten Indikator (relativ niedrige Einkommen). Zwischen 2004/05 und 2007/08 nahm die Kinderarmut zu, wird aber Vorhersagen zufolge um weitere ca. 500.000 Kinder abnehmen aufgrund von Investitionen, die sich noch nicht in Zahlen niedergeschlagen haben.

2009 veröffentlichte die Regierung einen Gesetzesentwurf, der die Verpflichtung zur Beseitigung der Kinderarmut bis 2020 in Großbritannien zum Gesetz machen soll.⁹ Das Gute an diesem Schritt ist, dass er die vorherige politische Selbstverpflichtung bestätigt und eine

⁹ Informationen, in denen dieser Gesetzesentwurf beschrieben wird, finden Sie auf der CPAG-Webseite.

spezielle Struktur für die Berichterstattung in Bezug auf Kinderarmut schafft. In dem Gesetz wird auch besonders die Bedeutung der Tätigkeit der örtlichen Behörden betont. der Entwurf findet die Unterstützung aller Parteien und wird im Herbst 2009 zur Debatte stehen.

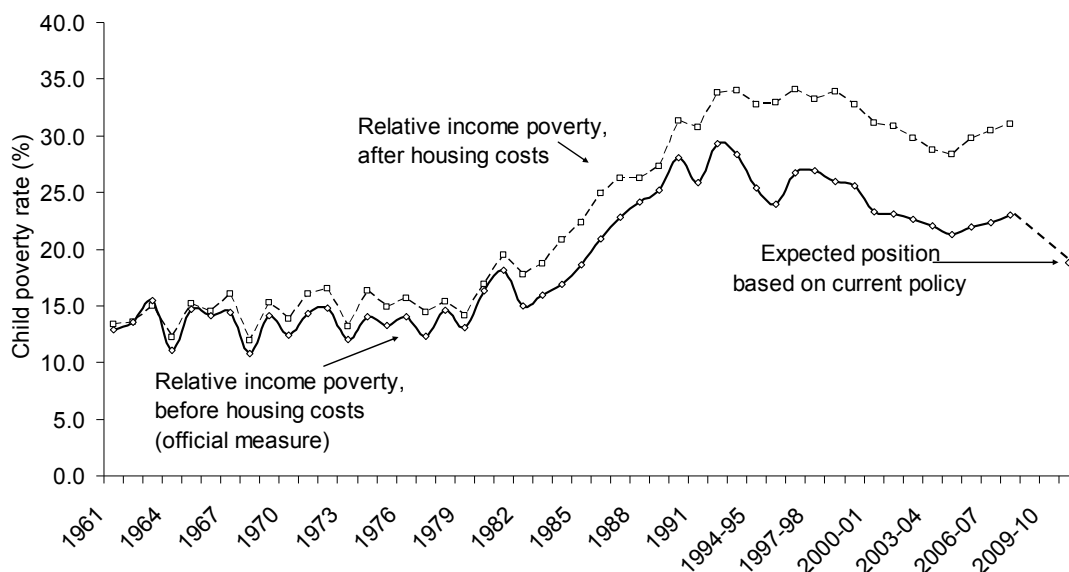
In diesem Beitrag werden einige wesentliche Informationen zu Kinderarmut in Großbritannien zusammengefasst und weitere Informationsquellen vorgeschlagen.

Kinderarmut in Großbritannien

In diesem Abschnitt wird ein Teil dessen, was über Kinderarmut in Großbritannien bekannt ist dargelegt.

Abb. 1 zeigt die am häufigsten verwendete Art der Darstellung von Daten zu Einkommensarmut in Großbritannien für den Zeitraum 1961 - -2007/08 (die jüngsten verfügbaren Daten).

Abb. 1 Rate der Kinderarmut in Großbritannien ¹⁰



Anmerkung: Kinderarmut wird definiert als Kinder, die in Haushalten leben, deren bedarfsbereinigtes Einkommen weniger als 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens beträgt.

Quelle: Institute for Fiscal Studies (www.ifs.org.uk) und Department for Work and Pensions; Veröffentlichung zu Haushalten unterhalb des Durchschnittseinkommens (unten als Referenz aufgeführt)

¹⁰ Übersetzung aller Abbildungen und Legenden auf den Seiten 54 bis 55

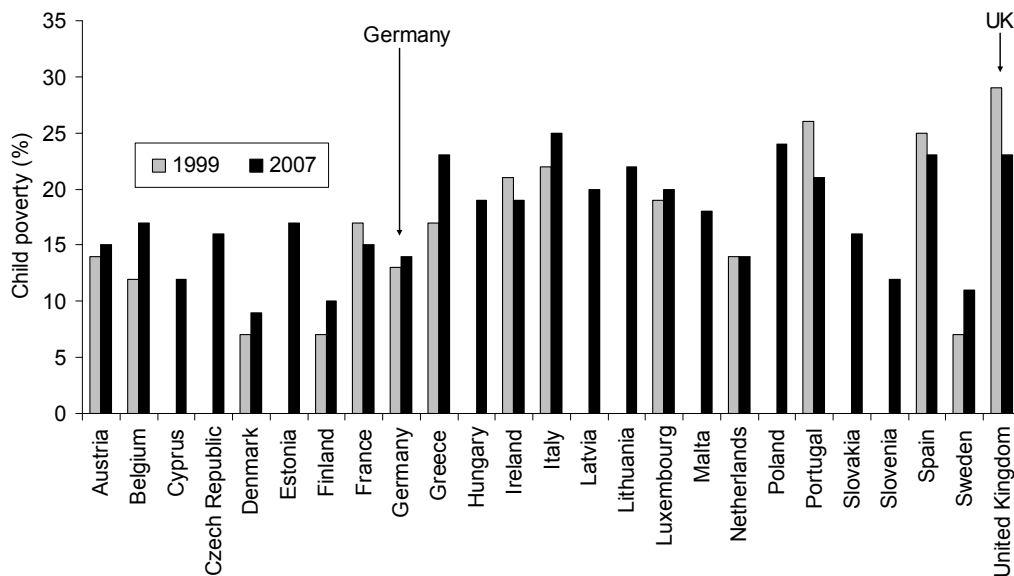
Die Abbildung zeigt Folgendes:

- Nachdem sie in den 1960er und 1970er Jahren stabil bei 1 von 7 Kindern lag
- wuchs die Kinderarmut in den 1980er Jahren im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen stark an. Während dieser Zeit wurden in Großbritannien die Folgen hoher Arbeitslosigkeit, einer zunehmenden Einkommensungleichheit und der wachsenden Zahl alleinerziehender Eltern (einer Gruppe mit einem wesentlich größeren Risiko für die Entstehung von Kinderarmut) deutlich.
- Ab den frühen 1990er Jahren blieb die Kinderarmut auf einem hohen Niveau (insbesondere, wenn sie nach Anrechnung der Wohnkosten gemessen wurde). Die Tatsache, dass die Armut nach Anrechnung der Wohnkosten sehr viel größer ist, als vor Anrechnung der Wohnkosten, liegt daran, dass die Wohnkosten für Familien besonders hoch sind.
- Nach 1997 sanken die Armutsraten unter Berücksichtigung beider Indikatoren bis 2004/05 (wobei das Ziel, die Kinderarmut um ein Viertel im Vergleich zu 1999 zu senken, nicht erreicht wurde), danach stieg das Ausmaß der Kinderarmut jedoch wieder an.
- Aufgrund zeitlicher Verzögerungen werden die Auswirkungen von Investitionen, die nach 2007/08 getätigt wurden, in den hier vorliegenden Zahlen nicht nieder. Es wird jedoch geschätzt, dass durch sie weitere 500.000 Kinder der Armut entkommen werden (gestrichelte Linie).
- Diese Zahlen stammen aus einer Zeit lange vor dem wirtschaftlichen Abschwung und der sich daraus ergebenden gegenwärtigen Arbeitslosigkeit.

1999 hatte Großbritannien die höchsten Zahlen für Kinderarmut in der EU. Bis 2007 hatte sich die Lage verbessert, aber GB belegte immer noch einen schlechten Rang. Eine Schlussfolgerung für Beobachter könnte sein, dass die in der jüngeren Vergangenheit von GB verfolgte Politik von Interesse sein könnte, dass aber dasselbe (oder noch größeres) Interesse aufgebracht werden sollte für die Länder, denen es gelingt, die Kinderarmut auf einem niedrigeren Niveau zu halten.

In Abb. 2 wird GB unter Verwendung von Daten von Eurostat mit anderen Ländern verglichen.

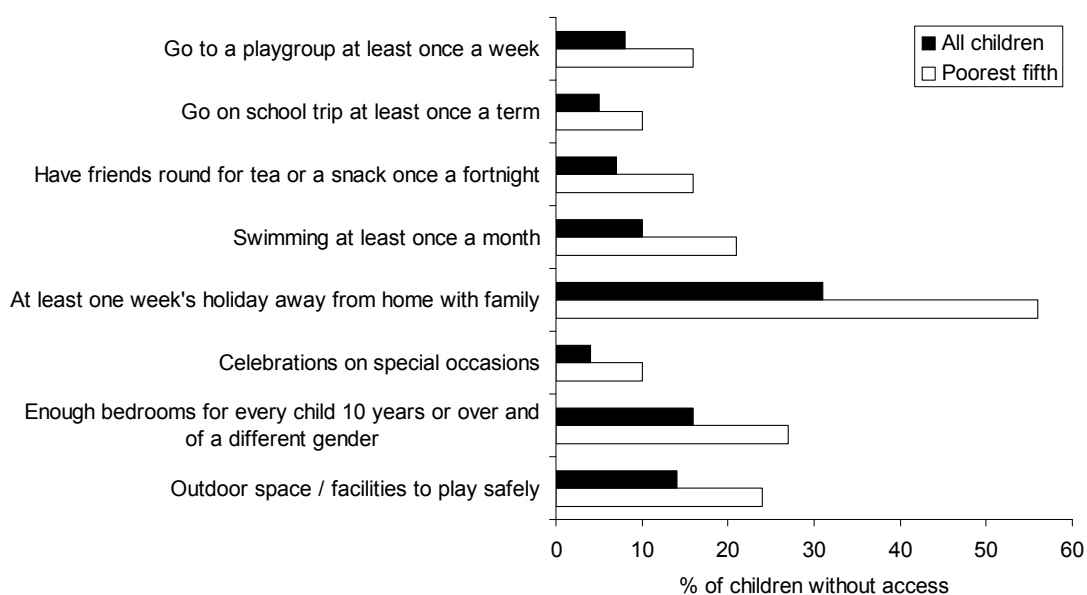
Abb. 2 Vergleich der Zahlen zu Kinderarmut innerhalb der EU



Anmerkungen: Die Daten stammen von Eurostat (www.eurostat.eu) Die Definition ist ähnlich der von Indikator 1 im Anhang, jedoch nicht identisch mit ihr.

Aus Informationen zu materiellen Entbehrungen (definiert als Bedürfnisse, die die Familie gern befriedigen würde, sich dies aber nicht leisten kann) geht hervor, dass es echte Unterschiede zwischen dem Durchschnitt und Kindern, die dem ärmsten Fünftel angehören, gibt.

Abb. 3 Kinder in materieller Armut, 2007/08



Anmerkung: Die Daten stammen aus der HBAI-Veröffentlichung (unten als Referenz aufgeführt).

Für jeden der aufgeführten Indikatoren zeigt sich, dass viel mehr Kinder, deren Familien zum ärmsten Fünftel der Bevölkerung gehören, auf diese Dinge verzichten müssen, als der Durchschnitt der Kinder. Diese Indikatoren stellen nur Facetten einer größeren Armut dar, sie haben jedoch Einfluss auf die gesellschaftliche Einbeziehung und Entwicklung von Kindern (z.B. unterschiedlichen Zugang zu sicheren Orten im Freien oder die Möglichkeit, sich an Schulfahrten zu beteiligen oder die Möglichkeit der Familie, nicht mehr funktionierende Elektrogeräte zu ersetzen).

Natürlich ist auch klar, dass es viele unterschiedliche Grade der Kinderarmut gibt - dass für einige Kinder das Armutsrisiko viel größer ist, als für andere. Zu den Gruppen, bei denen bekannt ist, dass für sie ein sehr hohes Risiko der Armut oder materiellen Entbehren besteht, gehören die folgenden:

- Kinder Alleinerziehender;
- Kinder, deren Eltern keiner bezahlten Arbeit nachgehen;
- Kinder mit Behinderungen;
- Kinder, die in Sozialwohnungen leben;
- Kinder, die einigen ethnischen Minderheiten angehören (insbesondere Kinder von Familien aus Bangladesh oder Pakistan) und Kinder, die außerhalb Großbritanniens oder in Migrantenfamilien geboren werden;
- Kinder in größeren Familien.

Auswirkungen der Kinderarmut in GB

Es wurden viele Auswirkungen der Kinderarmut auf Kinder in GB nachgewiesen. In einer vor Kurzem veröffentlichten Erklärung der CPAG werden einige der Beweise aus unterschiedlichen Bereichen dafür vorgelegt (siehe www.cpag.org.uk/manifesto). Hier nur einige der Beispiele aus diesem Dokument:

- Es ist bekannt, dass Kinderarmut ernsthafte Folgen für die Gesundheit und Sterblichkeit von Kindern hat. In Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass für Kinder, die in Haushalten mit niedrigerem Einkommen geboren werden, die Wahrscheinlichkeit, bei der Geburt zu sterben, zweimal so hoch ist, wie für Kinder, die in reicheren Familien geboren werden. In anderen Studien wurde nachgewiesen, dass Kinder, die in ärmeren Gegenden geboren werden, im Durchschnitt ein um 200 Gramm geringeres Geburtsgewicht haben, als Kinder, die in wohlhabenderen Gegenden zur Welt kommen (mit den entsprechenden Folgen gesundheitlicher Schädigungen aufgrund des geringeren Geburtsgewichtes).
- Kinderarmut hat Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern. Es wurde nachgewiesen, dass Kinder aus ärmeren Familien im Alter von 3 Jahren im Vergleich zu den wohlhabenderen Gleichaltrigen einen Entwicklungsrückstand (im Durchschnitt von 9 Monaten) haben und dass dieser Rückstand sich im Laufe der Schulzeit noch vergrößert.

ßert, so dass er in der Altersstufe 14 Jahre im Durchschnitt 5,1 Schulsemester ausmacht.

- Kinderarmut erzeugt nicht nur für Familien und Kinder hohe Kosten – sie erzeugt auch hohe Kosten für die öffentlichen Kassen, die ihre Auswirkungen bekämpfen müssen und sie führt zu geringerem Wirtschaftswachstum und damit zu Steuerausfällen, da ärmere Kinder im Durchschnitt nicht den angestrebten Bildungserfolg haben. Diese Kosten sind beträchtlich und unabhängige britische Untersuchungen geben an, dass diese Kosten sich auf mindestens 25 Milliarden £ pro Jahr belaufen.¹¹

Es ist weiterhin bekannt, dass ärmeren Familien die öffentlichen Leistungen tendenziell weniger zugute kommen (ein sogenanntes "Gesetz der umgekehrten Fürsorge, nachdem Diejenigen, die die beste Unterstützung benötigen, weniger gut behandelt werden). Die unterschiedliche Behandlung durch die öffentlichen Dienste kann hervorgerufen werden durch unterschiedliche Einschätzungen der Leistungsanbieter, durch die geografische Verteilung von Leistungen in reicheren bzw. ärmeren Gegenden und durch die unterschiedlichen Fähigkeiten verschiedener Gruppen innerhalb der Gesellschaft, sich wirksamen Zugriff auf die Leistungen zu verschaffen.

Abgesehen von dem unterschiedlichen Zugang zu öffentlichen Leistungen gelten für ärmere Haushalte oft Markteinschränkungen in Bezug auf ihren Zugang zu Waren und Dienstleistungen, so dass sie mehr für dieselbe Qualität bezahlen oder weniger Leistung erhalten. Beispiele hierfür sind die Qualität und die Preise für Lebensmittel, die in bestimmten geografischen Gebieten angeboten werden bzw. für diejenigen, die keine großen Mengen kaufen können oder nicht mit dem Auto zu unterschiedlichen Geschäften fahren können oder auch wie bestimmte Zahlungsweisen es Einigen gestatten, Leistungen billiger zu bekommen, als Andere (z.B. sind Zahlungen per Lastschrift für einige grundlegende Versorgungsleistungen die preiswerteste Möglichkeit, erfordern jedoch Möglichkeiten, Bankgeschäfte abzuwickeln, über die ärmere Haushalte nicht immer verfügen).

Jüngste politische Ansätze

1999 verpflichtete sich die Regierung Großbritanniens dazu, die Kinderarmut zu beseitigen. Im Zuge dieser Verpflichtung und der daraus folgenden Politik wurde Kinderarmut als wesentliches politisches Problem mit breiter politischer (wenn auch nicht öffentlicher) Anerkennung der großen politischen Parteien anerkannt. Der politische Ansatz in GB konzentrierte sich auf drei Gebiete:

¹¹ Siehe D. Hirsch, Estimating the costs of child poverty, Joseph Rowntree Foundation
<http://www.jrf.org.uk/publications/estimating-costs-child-poverty>, Oktober 2008

1. Erhöhung des Beschäftigungsgrades von Eltern;
2. Verbesserung der finanziellen Unterstützung für Familien (abgestimmt auf Kinder und Erhöhung der Einkommen aus Beschäftigung);
3. Leistungen der öffentlichen Hand mit dem Ziel, die Lage der Kinder zu verbessern.

Da dem Vereinigten Königreich verschiedene Länder angehören und die rechtlichen Zuständigkeiten kompliziert sind (einige Dinge werden auf der Ebene der Regierung des Vereinigten Königreiches entschieden, andere auf Landesebene) gibt es Unterschiede in der Sozialpolitik der einzelnen Bestandteile Großbritanniens (z.B. Unterschiede in der Politik bezüglich Bildung oder Kinderbetreuung).

Beschäftigung der Eltern

Die Bestrebungen zum Erreichen der ersten beiden Ziele hatten Auswirkungen auf die Armut und führten zu den in Abb. 1 dargestellten Ergebnissen (die signifikant sind, die Veränderungen sind jedoch geringer und gehen langsamer vor sich, als nötig wäre).

Die Regierung von GB hat sich darauf konzentriert, Eltern in bezahlte Arbeit zu bringen, indem die Aufnahme einer bezahlten Beschäftigung gefördert wurde, darunter durch:

- Sozialleistungen zur Beschäftigungsförderung um den Kontakt zwischen den Beziehern von Sozialleistung und den Beratern der Arbeitsagenturen zu verbessern;
- Verbesserung des Angebots an Plätzen in der Kinderbetreuung (mit einem 10-Jahresprogramm in England zur Verbesserung des Angebots) sowie weitere unterstützende Leistungen;
- Schaffung einer Lohnuntergrenze durch Einführung eines nationalen Mindestlohnes.

Durch diese Maßnahmen stieg der Beschäftigungsgrad, allerdings wurde dieser Fortschritt durch den jüngsten Anstieg der Arbeitslosenzahlen wieder zunichte gemacht (ein wesentlicher und besorgniserregender Punkt ist, dass in GB sowohl die Rate der Kinderarmut als auch die Arbeitslosenrate relativ hoch sind. Mehr als die Hälfte der Kinder, die den offiziellen Indikatoren zufolge als arm gelten, haben ein Elternteil, das einer bezahlten Beschäftigung nachgeht. Für die Bekämpfung der Armut genügt es also nicht zu erreichen, dass mehr Eltern Arbeiten gehen, sondern auch die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung spielen eine wichtige Rolle).

In der jüngeren Vergangenheit wurde in GB im Zuge von Reformen der Sozialgesetzgebung (darunter ein Gesetz, das gegenwärtig dem britischen Parlament zur Debatte vorliegt) versucht, die Beschäftigungsorientierung grundlegender Sozialleistungen zu verstärken (indem der Bezug dieser Leistungen an die Bedingung der Teilnahme an Vorbereitung für oder Suche nach Beschäftigung gebunden wird). Die CPAG hat ernsthafte Sorge bezüglich der ver-

stärkten Nutzung von Sanktionen für den Bezug von Sozialleistungen zur "Aktivierung" der Bezieher angemeldet, da hier zum Einen eine Fehldiagnose in Bezug auf die Ursachen des Problems und demzufolge eine geringe Erfolgsaussicht besteht (indem die Arbeitslosigkeit eher auf mangelnde Anstrengung als auf fehlenden Zugang zu Beschäftigung zurückgeführt wird) vorliegt. Zum Anderen ist der Zeitpunkt dafür ungünstig (da die Arbeitslosigkeit wächst und die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt) und es werden damit auch armutsgefährdete Familien dem Risiko ausgesetzt, dass ihr Einkommen aufgrund von Leistungskürzungen sinkt.

Finanzielle Unterstützung

In den vergangenen 10 Jahren stieg die reale Unterstützungsleistung für Familien. Der größte Teil dieser Steigerung stammte aus Steuererstattungen nach Bedürftigkeitsnachweis, aber es gab auch einige Steigerungen der Kindergeldzahlungen ohne Bedürftigkeitsnachweis. Durch die Erhöhung des Kindergeldes erhöhten sich zwar die Familieneinkommen, jedoch wirkte die Tatsache, dass die Leistungen für Erwachsene nicht erhöht wurden, dem Erfolg der Maßnahmen insgesamt entgegen.

Studien haben gezeigt, dass sich diese Steigerungen in einer Verbesserung der Bedingungen für Kinder auswirkten.¹² Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich vor allem auf neue Steuererstattungen. Die Struktur der Steuererstattungen besteht aus drei miteinander verbundenen Komponenten:

- die Steuererstattung für Kinder – eine auf die Kinder orientierte Zahlung, die von den meisten Familien beansprucht werden kann, jedoch am meisten den Familien mit den niedrigsten Einkommen nutzt;
- die Steuererstattung für Beschäftigte, die das Nettoeinkommen derjenigen Beschäftigten erhöhen soll, die eine bestimmte Anzahl Stunden arbeiten (damit soll erreicht werden, 'dass sich Arbeit lohnt');
- innerhalb der Steuererstattung für Beschäftigte gibt es einen Kinderzuschlag (der bis zu 80 % der Kinderbetreuungskosten bis zu einer bestimmten Höhe ausmacht und an Eltern gezahlt wird, um die Kosten gemeldeter Kinderbetreuung zu decken).

Mit jedem dieser Elemente werden unterschiedliche politische Ziele verfolgt, die administrativen Prinzipien und die Art der Leistungserbringung sind miteinander verbunden. Die Steuererstattungen stellen eine Verbesserung der auf Kinder orientierten Leistungen dar und führten zu einer Erhöhung des Arbeitsertrages in den niedrigen Einkommensgruppen. Die Struktur der Steuererstattungen ist jedoch von ihrem Ansatz her hochkompliziert (sie beruht auf

¹² Siehe z.B. P. Gregg, J. Waldfogel und E. Washbrook; Expenditure patterns post welfare reform in the UK: are low income families starting to catch up? Working paper, University of Bristol, 2005, <http://www.bristol.ac.uk/cmpo/publications/papers/2005/wp119.pdf>

jährlichen Abrechnungen) und sie boten breiten Raum für Irrtümer sowohl der Antragsteller als auch des Verwaltungspersonals und damit für zu hohe oder zu geringe Zahlungen. Die Umsetzung des neuen Systems war mit vielen Problemen verbunden und obwohl sich die Verwaltung inzwischen verbessert hat, sind noch nicht alle dieser Probleme gelöst. Ein Hauptvorteil der Steuererstattungen besteht darin, dass die Erstattung für Kinder dem Prinzip des progressiven Universalismus unterliegt. Dies bedeutet, dass die ärmsten Familien die höchsten Zahlungen erhalten, jedoch die meisten Familien einen Anspruch haben). Dies wurde als wesentliche Grundlage für die Erlangung politischer Unterstützung angesehen, als Beitrag für die Verringerung der Stigmatisierung und für die Aufrechterhaltung der Unterstützung für dieses Instrument. Durch diese Einbeziehung breiterer Schichten wurde wahrscheinlich ein höherer Grad der Inanspruchnahme erreicht¹³, als dies bei einer stärker auf bestimmte Zielgruppen beschränkten Maßnahme der Fall gewesen wäre.

Obwohl mit der Steuergutschrift für Beschäftigte erreicht wurde, dass mehr bezahlte Beschäftigung aufgenommen wurde (was sich z.B. in der stark gestiegenen Beschäftigungsrate Alleinerziehender zeigt), geht es hier um die Subventionierung geringer Einkommen. Deshalb forderten die CPAG und Andere, dass mehr zur Erhöhung der Löhne getan werden sollte, statt schlecht bezahlte Beschäftigung zu subventionieren.

Konzentration auf Nutzen für Kinder

Die Regierung von GB hat sich auch auf die Wirksamkeit von öffentlichen Leistungen zur Unterstützung ärmerer Familien konzentriert um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, mit der ein armes Kind von heute eine arme Mutter oder ein armer Vater von morgen wird. Dies führte dazu, dass in den öffentlichen Diensten eine große Zahl Prüfungen durchgeführt wurden, um Ungleichheiten in der Nutzung von Gesundheits- und Bildungsangeboten festzustellen (mit Hilfe der Vereinbarung über die Kontrolle des öffentlichen Dienstes der britischen Regierung zwischen dem Finanzministerium und anderen Bereichen).

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verbesserung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen gerichtet (mit einer Zehnjahresstrategie in England, mit der das Angebot verbessert wurde; allerdings geben Eltern immer noch an, dass sie oft keinen Zugang haben und die Einrichtungen teuer sind). GB hat auch ein Netz an Kinderzentren eingerichtet, die zuerst dem US-Modell 'headstart' (Vorsprung, d. Ü.) folgten. Sie werden überall im Land eingerichtet und die Verantwortung für sie tragen die örtlichen Verwaltungen. Diese Zentren bieten örtliche Zentralstellen für die Betätigung der Kinder sowie auf Kinder bezogene Dienstleistungen und sind häufig recht beliebt.

¹³ Anteil Derjenigen, die einen Anspruch haben und diesen nutzen; üblicherweise ist die Inanspruchnahme von auf Bedürfnisnachweisen beruhenden Leistungen gering.

Es wurden zwar beträchtliche Anstrengungen unternommen um die öffentlichen Leistungen zu entwickeln, es ist jedoch auch klar, dass noch große Probleme gelöst werden müssen – insbesondere wenn es darum geht zu sichern, dass die Familien Zugang zu den Leistungen haben und dass diese Leistungen die Gleichstellung der Kinder erreichen. Die sich in GB entwickelnde Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut sieht vor, dass die öffentlichen Dienste eine größere Rolle in diesem Kampf spielen sollen. Es wird viele Jahre dauern, bis der Erfolg dieser Maßnahmen deutlich wird, es ist deshalb schwierig, den Erfolg jetzt schon zu auswerten (allerdings läuft die Auswertung des britischen Programms 'Sure Start' (etwa 'Starthilfe', d. Ü.).¹⁴

Gesetzgebung zu Kinderarmut

Wie ich oben schon anführte, wurden in GB bei der Bekämpfung der Kinderarmut zwar Fortschritte erzielt, aber die Regierung hat einen weiteren Gesetzentwurf vorgelegt, der gegenwärtig dem britischen Parlament zur Beratung vorliegt (ein Link zu dem Gesetzentwurf ist im Anhang enthalten). Es wird erwartet, dass das Gesetz im Frühjahr 2010 verabschiedet werden wird. Es wird die Verpflichtung der britischen Regierung, die Kinderarmut bis 2020 zu beseitigen festschreiben (obwohl die CPAG und andere Organisationen die Definition für 'Beseitigung' in diesem Entwurf in Frage stellen). Um dieses Ziel der Beseitigung der Kinderarmut zu erreichen muss die Regierung Großbritanniens diesem Gesetz zufolge mit den zuständigen Verwaltungen und den englischen Behörden zusammenarbeiten.

In dem Gesetz werden spezielle Indikatoren für Kinderarmut festgelegt (im Anhang im Detail angegeben) sowie Definitionen dafür, wann das Ziel ihrer Beseitigung erreicht ist. Diesem Gesetz zufolge muss die Regierung Strategien entwickeln, in denen die politischen Maßnahmen, mit denen das Ziel bis 2020 erreicht werden soll, dargelegt werden. Sie muss außerdem darstellen, welche Wirkung auf die Kinderarmut von diesen Maßnahmen erwartet wird (das Gesetz legt keine Politik fest, enthält aber eine Reihe von 'Bausteinen' wichtiger Bereiche¹⁵). In dem Gesetz wird auch ein jährlicher Bericht der Regierung vor dem Parlament über Kinderarmut und die Fortschritte bei ihrer Beseitigung gefordert.

Zusätzlich zu dieser Forderung nach Berichterstattung fordert das Gesetz zu Kinderarmut die Einrichtung einer 'Kommission für Kinderarmut'. Dieser Körperschaft werden ernannte Kommissare angehören, die von der Regierung ernannt und bezahlt werden, jedoch als unab-

¹⁴ Siehe <http://www.ness.bbk.ac.uk/>

¹⁵ Diese sind " (a) die Förderung und Ermöglichung der Aufnahme bezahlter Beschäftigung durch die Eltern oder die Entwicklung der Fähigkeiten der Eltern; (b) finanzielle Unterstützung für Kinder und Eltern; (c) Gesundheits-, Bildungs- und Sozialleistungen sowie (d) Wohnung, künstliche oder natürliche Umwelt und Förderung der sozialen Integration."

hängige Berater tätig werden sollen. Diese Kommission wird die Tätigkeit der Regierung im Rahmen dieser Strategie kommentieren und beratend für sie tätig sein. Das Gesetz ist auch dadurch innovativ, dass es die örtlichen Behörden in die Pflicht nimmt (nur in England aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen), die Kinderarmut zu bekämpfen. Darüber hinaus werden andere öffentliche Körperschaften (z.B. das Gesundheitswesen und die Arbeitsämter) verpflichtet, mit den örtlichen Behörden bei der Beseitigung der Kinderarmut zusammenzuarbeiten.

Mit diesem Ansatz verbundene Probleme und Schwierigkeiten

In diesem letzten Abschnitt werde ich versuchen, kurz einige der größten Schwierigkeiten, denen sich die Politik in GB bei der Beseitigung der Kinderarmut gegenüber sieht, darzustellen (meine Übersicht wird nicht allumfassend sein; in den Quellen finden Sie weitere Informationen). Wie ich weiter oben in diesem Beitrag schon ausgeführt, ist das Risiko arm zu werden für einige Kinder sehr viel größer, als für andere (Armut hängt von vielen Faktoren ab, darunter Haushaltstruktur, ethnische Zugehörigkeit, Beschäftigungsstatus und Familiengröße). Bei der Beseitigung der Armut sollte es für die Politik von überragender Bedeutung sein zu sichern, dass alle Kinder der Armut entkommen und die Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit, in Armut aufzuwachsen, zu verringern.

Armut ist nicht das Problem der Familien, in denen die Eltern keine bezahlte Beschäftigung aufnehmen können. Bei mehr als der Hälfte der armen Kindern hat ein Elternteil eine bezahlte Beschäftigung. Es ist also der Beseitigung der Armut trotz Arbeit eine größere Bedeutung beizumessen (insbesondere, indem Niedriglöhne abgeschafft werden). Im Laufe der Zeit hat sich eine Verschiebung der Kinderarmut ergeben, so dass eine wachsende Zahl armer Kinder Eltern haben, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen. Die CPAG möchte, dass die Politik sichert, dass Familien sich mit Arbeit wirklich aus der Armut befreien können. Die Politik in GB hat sich sehr auf die Erhöhung des Beschäftigungsgrades konzentriert und in der jüngsten Vergangenheit wurde die Erbringung von Leistungen immer stärker an die Vorbedingungen geknüpft mit dem Ziel, die Antragsteller zu 'aktivieren'. Die CPAG hat ihrer ernsthaften Sorge Ausdruck gegeben, dass mit dieser Änderung der Politik die Komplexität des Lebens der Menschen nicht berücksichtigt wird, sondern einfach fehlender Wille, zu arbeiten, bei den Antragstellern vorausgesetzt wird. Wir glauben nicht, dass eine Politik, die immer stärker auf Sanktionen setzt, um die Menschen dazu zu bringen, eine bezahlte Tätigkeit aufzunehmen, bessere Erfolge in dieser Hinsicht erzielt und sie wirkt dem Erreichen wesentlicher Ziele bei der Bekämpfung der Kinderarmut entgegen.

Neben der Armut trotz Arbeit ist es völlig klar, dass das Armutsrisiko für Kinder, deren Eltern nicht Arbeiten gehen können, enorm groß ist. Ein Teil der Lösung besteht darin, die Eltern bei der Aufnahme ordentlich bezahlter Tätigkeiten zu unterstützen, ein anderer Teil der Lösung besteht darin zu sichern, dass die Familien, in denen die Eltern keine solche Beschäfti-

gung aufnehmen können, finanzielle Unterstützung in einer solchen Höhe erhalten, dass sie vor Armut geschützt sind. Die britische Politik sieht sich insbesondere dem Problem gegenüber, dass es keine offiziellen Untersuchungen zur Festlegung der Höhe der Unterstützungszahlungen gab. Anerkannte unabhängige Untersuchungen, mit denen ein 'Mindesteinkommensstandard'¹⁶ festgestellt werden sollte, sind jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass die bestehenden Leistungen zu gering sind.

Ein langfristiges Problem für die Politik in GB sind die unterschiedlichen Ergebnisse bei der Nutzung öffentlicher Leistungen. So erzielen zum Beispiel die Kinder, die in Armut aufwachsen, schlechtere Schulergebnisse und haben damit im späteren Leben schlechtere Chancen (womit potentiell ein Kreislauf in Gang gesetzt wird, in dem arme Kinder wiederum arme Eltern werden). Mit dem Gesetz zu Kinderarmut soll mehr Aufmerksamkeit auf den Nutzen öffentlicher Leistungen gelenkt werden, es gibt jedoch viele Nachweise darüber, dass Familien durch die öffentlichen Dienste nicht ausreichend unterstützt werden und künftiger Armut unzureichend vorgebeugt wird. In den vergangenen zehn Jahren wurde zwar die Kinderbetreuung wesentlich verbessert (vor allem um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern), es herrscht jedoch die Sorge, dass sie oft so teuer ist, dass ärmere Familien sie sich nicht leisten können und dass in Gebieten mit niedrigen Einkommen das Angebot schlechter sein könnte.

Ein kürzlich veröffentlichtes politisches Dokument trug den Titel '*Beseitigung der Kinderarmut – Es geht alle an!*'. Mit ihm sollte deutlich gemacht werden, welche unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft bei der Bekämpfung der Armut aktiv werden müssen. Es gibt auf jeden Fall Nachholbedarf in GB bei der Sicherung, dass alle Teile der Gesellschaft ihren Beitrag zur Beseitigung sozialer Ungleichheit leisten. Der freiwillige Sektor hat eine klare Verantwortung zu tragen, indem er Beratung und Unterstützung anbietet. Dies gilt auch für an Gruppen und insbesondere die CPAG betont die Notwendigkeit, die Arbeitgeber einzubeziehen in die Sicherung angemessen bezahlter Arbeit für mehr Menschen in der Gesellschaft. Sorge bereitet uns auch das Ausmaß in dem diejenigen, die in Armut leben oder Unterstützung beanspruchen oft für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht, indem sie in den Medien stigmatisiert werden und Politiker sich in unangemessener Weise über sie äußern. Unserer Erfahrung nach untergräbt die Stigmatisierung ärmerer Familien (zum Beispiel wenn die Eltern keine Arbeit haben) die öffentliche Unterstützung für eine Politik zur Bekämpfung der Armut. Die britische Regierung hat zunehmend die Rolle der örtlichen Behörden bei der Bekämpfung der Kinderarmut betont. Sie sind in Hinsicht auf grundlegende öffentliche Dienste wichtig, sie werden aber auch eine wichtige Rolle spielen wenn es darum geht, dafür zu sorgen, dass Verpflichtungen auf zentraler Regierungsebene erfüllt werden.

¹⁶ Siehe <http://www.minimumincomestandard.org/>

Ein zur Zeit offensichtlich sehr drängendes Problem für die Familien sind die Auswirkungen der zunehmenden Arbeitslosigkeit und insbesondere der zunehmenden Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit. Es wird damit gerechnet, dass wie in früheren Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs noch lange nach der Umkehrung der Entwicklung hin zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung in GB die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen wird. Die zunehmende Arbeitslosigkeit verschärft die Lage vieler Familien und stellt sie vor eine große Gefahr plötzlichen Einkommensverlustes, Verschuldung und weiterer Folgen. Ein Bereich, der für Beobachter interessant sein könnte, ist der 'Future Jobs Fund', der demnächst von der britischen Regierung eingerichtet werden soll. Es handelt sich hier um ein gegenwärtig in der Vorbereitung befindliches Programm, mit dem für junge Menschen, die lange arbeitslos waren, Arbeitsplätze geschaffen werden sollen (man konzentriert sich auf diese Gruppe, da für sie das Risiko der Arbeitslosigkeit mit schädlichen Langzeitfolgen besonders hoch ist).

Wie überall in Europa (und der ganzen Welt) stellen die steigende öffentliche Verschuldung und die sinkenden Steuereinnahmen die politisch Verantwortlichen vor schwere Entscheidungen. Es wird unter anderem befürchtet, dass sich die Einschränkungen der Tätigkeit des öffentlichen Sektors besonders zum Nachteil der Kinder auswirken werden (z.B. die gegenwärtige Diskussion in Irland über die Kürzung des Kindergeldes). Kinder sind jedoch verletzlich und Schäden aus der Kindheit können ein Leben lang fortwirken. Betrachtet man den Druck, der gegenwärtig auf den Familien lastet, so ist es von überragender Bedeutung, dass die europäischen Regierungen auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene alles tun, um die Kinder vor den Auswirkungen der Krise zu schützen.

Anhang

1). Maß für Kinderarmut

In ihrem Gesetz zu Kinderarmut schlägt die britische Regierung vier Indikatoren für die Bestimmung von Kinderarmut vor:

1. Relativ niedriges Einkommen: Kinder gelten diesem Indikator zufolge als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unter 60 % des vergleichbaren Durchschnittseinkommens liegt (unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und –zusammensetzung).
2. Relativ niedriges Einkommen verbunden mit materiellen Entbehungen: Kinder gelten diesem Indikator zufolge als arm, wenn sie in einer Familie mit niedrigem Einkommen (definiert wie oben, jedoch mit einer höheren Grenze (70 % des vergleichbaren Durchschnittseinkommens) leben und materielle Entbehungen erleiden (d.h. materielle Dinge nicht bekommen, weil ihre Familie sie sich nicht leisten kann).
3. Absolut niedriges Einkommen: Kinder gelten diesem Indikator zufolge als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unter 60 % des Durchschnittseinkommens von 2010/11 liegt (bereinigt um Inflation, jedoch nicht um Veränderungen des Lebensstandards sowie unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und –zusammensetzung).
4. Anhaltende Armut: Kinder leben mehrere Jahre mit geringen Einkommen (dieser Indikator wurde noch nicht festgelegt, frühere Vorschläge gehen vom Leben in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen über in drei von vier Jahren aus).

Anmerkung: Für jeden Indikator gelten die Zahlen als Einkommen 'vor Wohnkosten'. Der Grund für die Wahl dieses Ansatzes durch die britische Regierung ist, dass man die Vergleichbarkeit innerhalb Europas sichern will. Die CPAG und andere Analytiker meinen jedoch, dass die Bestimmung des Einkommens *nach Abzug* der Wohnkosten ein korrekteres Bild der tatsächlichen Lebensbedingungen ergibt.

2). Quellen für weitere Informationen

Strategie der britischen Regierung

HM Treasury, Ending child poverty: everybody's business, (Beseitigung der Kinderarmut – Es geht alle an) März 2008

Child Poverty Unit, Ending child poverty: making it happen, Januar 2009

Gesetz zu Kinderarmut, gegenwärtig im britischen Parlament debattiert

Beide unter

<http://www.dcsf.gov.uk/everychildmatters/strategy/parents/childpoverty/childpoverty/>

Statistik

Aktuelle Daten sind verfügbar zu ähnlichen Indikatoren in Department for Work and Pensions *Households Below Average incomes Series 2006/07*, National Statistics, 2009

<http://research.dwp.gov.uk/asd/hbai.asp>

Webseite zur Beobachtung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter www.poverty.org.uk

Institute for Fiscal Studies, www.ifs.org.uk

Unabhängige Analysen

Webseite der Child Poverty Action Group (CPAG) und Erklärung, 'Ending child poverty: a manifesto for success', 2009. Verfügbar unter www.cpag.org.uk/manifesto

Joseph Rowntree Foundation, <http://www.jrf.org.uk/work/workarea/child-poverty>

J Hills, T Sefton and K Stewart, *Poverty, inequality and policy since 2007*, Policy Press and Joseph Rowntree Foundation (dies ist ein Buch; eine Zusammenfassung finden Sie unter <http://www.jrf.org.uk/publications/poverty-inequality-and-policy-1997>)

Deutsche Übersetzung der Legenden und Abbildungen auf den Seiten 40 bis 42:

Abb. 1:

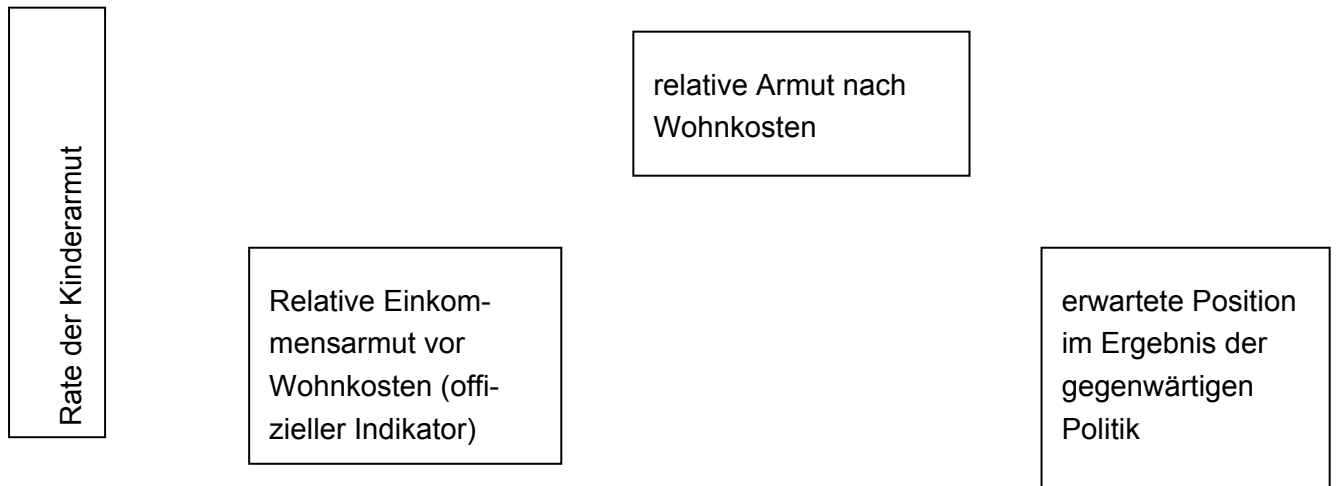


Abb. 2

Senkrecht: Kinderarmut

Oben: Deutschland; GB

Unten:

Österreich, Belgien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, GB

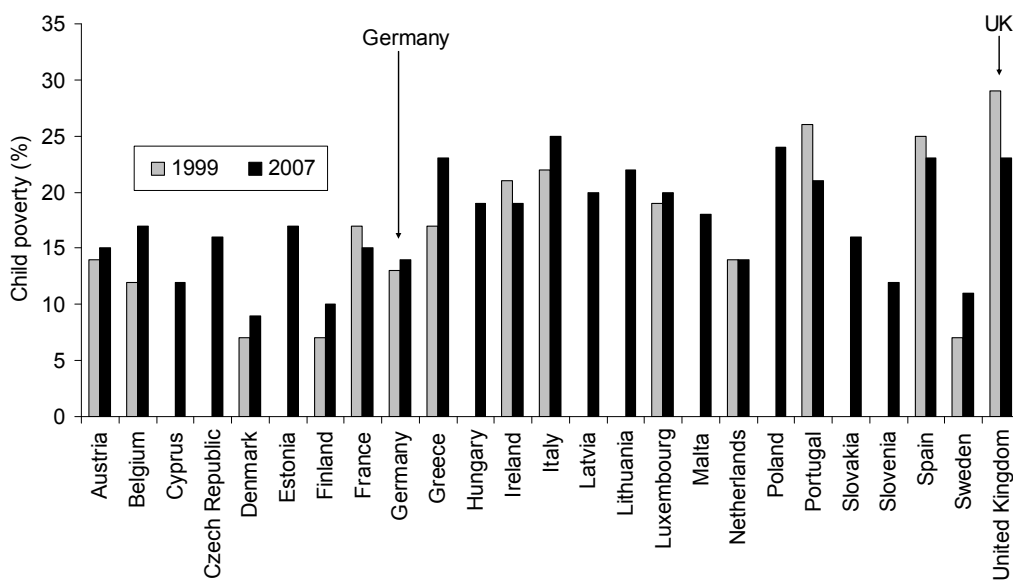
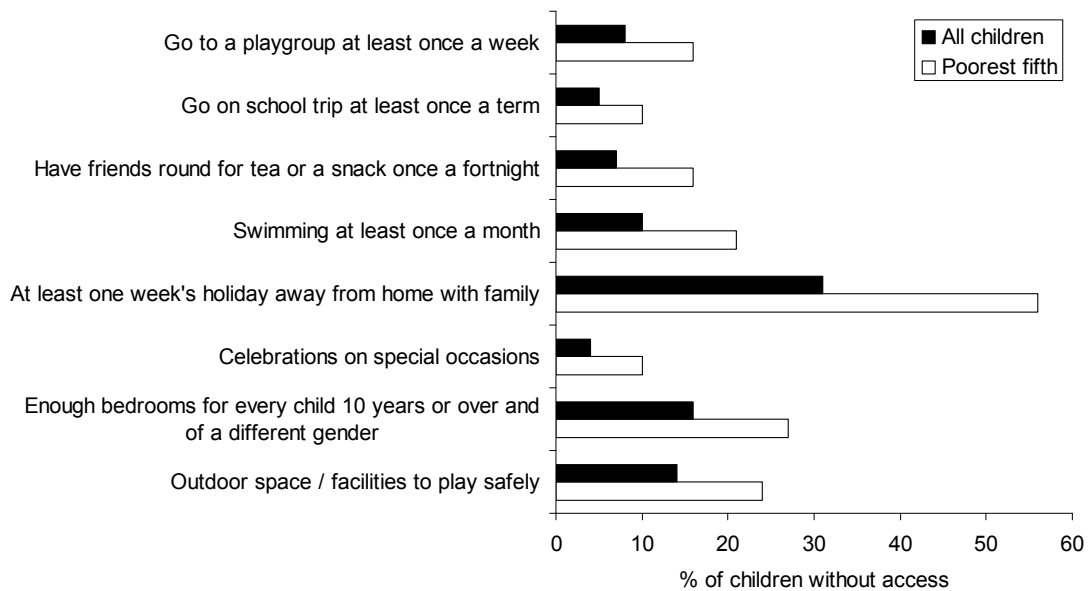


Abb. 3

- Spielgruppe einmal pro Woche
- Schulfahrt mindestens einmal pro Semester
- Freunde zum Kaffe oder Imbiss einmal in zwei Wochen
- mindestens einmal im Monat Schwimmen
- mindestens eine einwöchige Urlaubsreise mit der Familie
- Feiern bei besonderen Gelegenheiten
- ausreichend Schlafräume für jedes Kind mit anderem Geschlecht ab 10 Jahre
- Raum im Freien, sichere Spielplätze

Alle Kinder
Ärmstes Fünftel



**Strategien gegen Kinderarmut in Europa
aus der Sicht von Polen**

**Prof. Wielislawa Warzywoda-Kruszynska
Dr. Grazyna Mikolaiczuk-Lermann, als Rednerin**

Institut für Soziologie, Universität Lodz

- Es gilt das gesprochene Wort -

In unserer Präsentation konzentrieren wir uns auf die Situation armer Kinder und Jugendlicher, staatliche Strategien zur Linderung der Kinderarmut und Projekte nichtstaatlicher Organisationen. Wir stellen auch dar, was noch zu tun ist, wie auch die Erwartungen gegenüber der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

1. Die Situation armer Kinder und Jugendlicher vor dem Eintritt in die EU

In den 1990er Jahren stieg das Risiko der Kinderarmut in Polen an, 2004 war die Armutsrisikorate unter Kindern die höchste innerhalb der EU (29%). Der relative mittlere Abstand im Armutsrisiko war ebenso der höchste innerhalb der EU. Die wichtigsten Gründe für Kinderarmut in Polen waren: geringe Beschäftigungszahlen und geringe Effizienz sozialer Aufwendungen.

Von polnischen Forschern durchgeführte Studien belegten das Auftreten von:

- Verjugendlichung der Armut:
 - die Armutsrate unter Kindern war höher als die unter Erwachsenen, insbesondere unter Senioren, und
 - der Anteil von Kindern in der armen Bevölkerung war höher als der Anteil von Kindern in der Gesamtbevölkerung.

- "Ghettoisierung" der Kinderarmut als Folge der Überrepräsentation von Kindern, die in einigen Regionen, Gminas¹⁷ und städtischen Gebieten in Armut leben.
- Fragmentierung von Sozialleistungen, was die Koordination von Maßnahmen und Aktivitäten zur Auslöschung der Kinderarmut behinderte.
- Vernachlässigung der Kinderarmut durch die Staatsregierung wie auch durch die örtlichen Behörden.

Armutsrisiko der Bevölkerung in EU-27 und Polen nach Alter (%) nach Eintritt in die EU

Population aged		2005	2006	2007
0-16	UE-27	19	19	19
	PL	29	26	24
16-24		20	20	20
		26	25	22
25-49		14	14	14
		21	19	17
50-64		13	14	14
		16	16	15
65+		19	19	19
		7	8	8
Total		16	16	16
		21	19	17

[Titel der ersten Spalte : Bevölkerung im Alter von']

Seit dem Eintritt in die EU sinkt die Kinderarmut in Polen, Polen gehört jedoch immer noch zu den Ländern mit der höchsten Armutsrisikorate für Kinder. Kinder sind immer noch stärker von Armut betroffen als Erwachsene.

Die Rangfolge von Provinzen, Gminas und Stadtbezirken, die besonders von Kinderarmut betroffen sind, ist die gleiche wie in den 1990ern.

¹⁷ A.d.Ü.: Polnische Verwaltungseinheit

2. Staatshilfe für arme Familien

Wesenszüge des Sozialmodells in Polen sind niedrige Sozialtransfers, die an Familien mit Kindern gerichtet werden, sowie die Unterentwicklung der Sozialleistungen¹⁸. Die staatliche Unterstützung für arme Familien konzentriert sich hauptsächlich auf:

- Beihilfe für Familien und Entbindung
- Soziale Beihilfe:
 - kostenfreie Mahlzeiten in Schule und Kindergarten
 - kostenfreie Bücher für Erstklässer
 - Ferienbonuszahlungen für Schulkinder
 - Beihilfe zum Kauf von Schulmaterial für Schulkinder
 - allgemeine Sozialhilfeleistungen
 - Wohnbeihilfe

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Steuerbefreiung für Kinder.

Familienbeihilfen und Sozialtransfers sind gering und reichen nicht aus, um Familien mit Kindern über der Armutsgrenze zu halten, auch wenn ein Elternteil arbeitet. Es wird auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern in schwierigen Situationen, Kindern mit Behinderungen oder Kindern aus dysfunktionalen Familien nicht ausreichend eingegangen.

Im Jahr 2006 startet der Staat die Zusatzprogramme "Für Chancengleichheit":

- "Mobilisierung und finanzielle Unterstützung für lokale Selbstverwaltungs- und nicht-staatliche Organisationen zur Organisation freiwilliger Stunden, in denen Schulkinder ihre Bildungschancen verbessern können"
- "Programm für gleiche Bildungschancen für Schulkinder aus Familien ehemaliger Arbeiter der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe"

¹⁸ Wóycicka I. (2008), Poland. Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children. A Study of National Policies, /report/, S. 16

3. Projekt nichtsstaatlicher Organisationen

In Polen gibt es eine große Anzahl nichtstaatlicher Organisationen und Stiftungen. Einige davon unterstützen arme Kinder:

- Das *Komitee für den Schutz der Rechte von Kindern*
- Die *Stiftung für 'Niemand's' Kinder*
- Die *Stiftung für Polen - Straßenkinder*
- Die Caritas Polen
- Die *Polnische humanitäre Aktion*

Die wichtigsten Projekt und sozialen Kampagnen der nichtsstaatlichen Organisationen sind:

- Programm "Clownpuppe"/*Pajacyk* - *Hungrige Kinder können nicht ans Lernen denken*
- Programm "*Für Chancengleichheit*"
- Sozialkampagne "*Teile dein Brot*"

4. Was noch zu tun ist?

- Die soziale Infrastruktur muss verbessert werden, insbesondere in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten
- Die Verbindung zwischen Arbeit und Familie sollte durch Tagesbetreuungseinrichtungen und Kindergärten, sowohl in städtischen wie auch in ländlichen Gebieten, unterstützt werden.
- Die Situation behinderter Kinder im Bildungs-, Gesundheits- und Rehabilitationswesen ist besonders schwierig und bedarf nachhaltiger Verbesserung.
- Probleme in Bezug auf Koordination, Verwaltung und Politiküberwachung schwächen die Wirkung selbst der besten Programme.

5. Erwartungen an die EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

- Förderung der Idee, Kinder als Bürger eines demokratischen Landes zu betrachten (Kinderrechte)
- Einbeziehung Polens in alle Maßnahmen gegen Kinderarmut
- Druck auf die polnische Regierung, den Landesombudsmann für Kinder besser mit rechtlichen Instrumenten auszustatten, mit denen er intensiver arbeiten könnte.
- Unterstützung von Programmen zum Schutz armer Kinder
- Finanzielle Unterstützung aller Initiativen zur Kinderhilfe

Literaturhinweise

Warzywoda – Kruszyńska W. (2007), Counteracting child poverty, *Social Policy* no 8 (401)

Warzywoda – Kruszyńska W. (2005), Research on intergenerational transmission of inequalities and policy responses in Poland, *European Studies on Inequalities and Social Cohesion*, no 1, Łódź University Press

Wóycicka I. (2008), *Poland. Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children. A Study of National Policies, Ireport/*

**Strategien gegen Kinderarmut in Europa
aus der Sicht von Slowenien**

Andreja Črnak Meglič, Nationalversammlung

Mateja Nagode, als Rednerin

Institut für Sozialschutz der Republik Slowenien, Ljubljana

Einleitung

Die Kinderrechtskonvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, Kinder möglichst vorrangig zu behandeln. Die Trendanalyse seit 1995 und die heutige Stellung der Kinder in Slowenien beweisen, dass es in Slowenien einen sozialen Konsens gab, dieser Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu schenken und zu unterstützen. „Im Gegensatz zu allen anderen ehemaligen sozialistischen Ländern bewerkstelligte es Slowenien, verschiedene Formen der finanziellen Unterstützung für Kindesunterhalt aus dem vorherigen System beizubehalten, und dies sogar während den schwierigsten Übergangsjahren“ (Stropnik, 2005). Unter Berücksichtigung der verschiedenen Sozialtransfers, der staatlichen und kommunalen Ausgaben für Leistungen, die Kindern und Jugendlichen helfen sollen (z. B. Kinderfürsorge und Bildung) und Steuerersparnisse aufgrund von Steuervergünstigungen für diese Bevölkerung, wurden etwa 7,2 % des BIP für Kinder und Jugendliche bereit gestellt (Črnak Meglič et al, 2005).

Die Situation in Slowenien

Slowenien verfügt über eine hoch entwickelte Familienpolitik und hat viele Vorteile und Leistungen für Kinder und Familien mit Kindern entwickelt. Diese können wie folgt gruppiert werden:

- a) Richtlinien, die ein angemessenes Einkommen für Kinder und deren Familien durch Sozialleistungen bereitstellen wie zum Beispiel:

- Kindergeld,
- Elterngeld,
- Geburtenbeihilfe,
- Großfamilienzuschuss,
- Zuschuss für die Betreuung eines Kindes, das besondere Betreuung und Schutz benötigt,
- Abschlagszahlung für Einkommensverlust, usw..

b) Richtlinien, die den Zugriff auf Grundleistungen sicherstellen

- Zugang zu Kinderbetreuung
- Zugang zu Grund-, Sekundar- und Tertiärschulbildung
- Zugang zu Gesundheitsvorsorge

Diese Richtlinien sind verbreitet und unterliegen der Verantwortung der verschiedenen Ministerien, wodurch sie den Eindruck vermitteln, dass es keinen umfassenden und flächendeckenden Ansatz zur Verringerung der Kinderarmut in Slowenien gibt.

Die wesentlichen Bestandteile der slowenischen Familienpolitik sind Elterngeld, Geburtenbeihilfe, Kindergeld, guter Zugang zu Kinderbetreuung und allgemeinen Zugang auf Gesundheitsvorsorge für Kinder.

Das Elterngeld deckt Lohnersatz zu 100 % ab (für 365 Tage), Kinder haben einen hundertprozentigen freien Zugang zur Gesundheitsvorsorge auf Primärstufe (Fachkinderarzt). Slowenien hat eine der niedrigsten Kindersterblichkeitsraten (2,8 pro 1000 neugeborener Kinder im Jahr 2007).

Etwa 80 % der Kinder in Slowenien erhalten Kindergeld. Eine starke Ausrichtung besteht auf die ersten zwei Stufen (wie durch die nachfolgende Tabelle dargestellt): Einkommen pro Familienmitglied bis zu 25 % des Durchschnittslohns in Slowenien.

Tabelle 1: Kindergeld

Einkommen pro Familienmitglied in % des Durchschnittslohns in der Republik Slowenien	Kindergeldbetrag für das erste Kind (EUR)	Kindergeldbetrag für das zweite Kind (EUR)	Kindergeldbetrag für das dritte Kind und alle weiteren Kinder (EUR)
Bis zu 15%	110,41	121,45	132,50
15% to 25%	94,4	104,36	114,25
25% to 30%	71,95	80,41	88,85
30% to 35%	56,74	64,75	72,90
35% to 45%	46,40	54,15	61,85
45% to 55%	29,40	36,80	44,15
55% to 65%	22,05	29,40	36,80
75% to 99%	19,20	25,56	33,91

Quelle: Ministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung (www1)

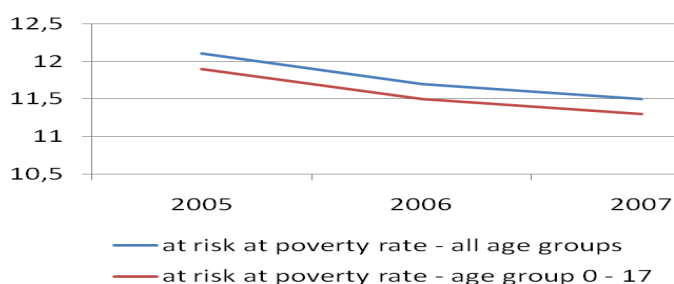
Da der Anspruch auf einige Leistungen (Mietzuschuss, kostenloses Mittagessen in der Schule, 100 % Zuwendung des Kindergartenbeitrages, usw.) mit der finanziellen Unterstützung durch Sozialhilfe verbunden ist, kann es vorkommen, dass Personen und Familien, die über der Armutsgrenze liegen, in einer weniger günstigeren Lage sind als jene Gesellschaft, die als arm verstanden wird. Um dieses Problem zu beseitigen, bietet der Staat neben den Sozialtransfers auch den freien Zugang zu einigen Leistungen an, wie z. B. Gesundheitsvorsorge für Kinder, freie Schulbildung, einschließlich Universitätsstudium. Alle jene Kinder, die unter dem Mindesteinkommen leben, haben ebenfalls freien Zugang zu Kindertagesstätten. Dies ist ebenfalls einer der wesentlichen Bestandteile in Bezug auf die Verringerung der Kinderarmut.

Tabelle 2: Zugang zu Kinderbetreuung

Kindergeld – Einkommen pro Familienmitglied in % des Durchschnittslohns in der Republik Slowenien	Kindergarten - Einkommen pro Familienmitglied in % des Durchschnittslohns in der Republik Slowenien	% der Zahlung	% der Kinder
	Bis zu 8 %	0	8,2
Bis zu 15%	8 % - 15 %	10	21,4
15% to 25%	15% to 25%		19,5
25% to 30%	25% to 30%	20	16,5

Kinderarmut

Die Armutsrisikoquote von Kindern in Slowenien (2007: 11,3) ist eine der niedersten in der EU¹⁹. Wie in der folgenden Graphik dargestellt, verringerte sie sich sogar während der vergangenen Jahre und ist niedriger für die Altersgruppe bis 17 Jahre, wenn man sie mit der gesamten Bevölkerung vergleicht.



Quelle: Statistisches Bundesamt der Republik Slowenien (www2)

Abbildung 1: Armutsrisikoquote, alle Altersgruppen und Kinder, 2005-2007

Mit solchen Armutsrisikoquoten liegt Slowenien unter den EU-Ländern (siehe nachfolgende Tabelle), in denen die Armutsrisikoquote in ihrem Land niedriger ist als der Durchschnitt der EU-Armutsrisikoquote, und auch gleich oder niedriger als die allgemeine Armutsrisikoquote im Land ist. In fast der Hälfte der EU-Länder liegt das Risiko der Kinderarmut über 20 %, wobei die höchsten Stände bei 25 % in Rumänien, 27 % in Litauen und 29 % in Polen liegen (Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern in der EU, 2008:15).

¹⁹ In den meisten EU-Ländern ist für Kinder das Armutsrisiko größer als für den Rest der Bevölkerung, ausser in den skandinavischen Ländern (in den 9 bis 10 % der Kinder unterhalb der Armutsschwelle leben), SI (12%), CY (13%) und EL (20%), in denen die Kinderarmutsquote niedriger oder gleich der Gesamtbevölkerung ist.

Tabelle 3: Typologie der EU-Länder: Nationale Kinderarmutsraten gegen EU-Kinderarmut und gegen gesamte nationale Kinderarmutsraten (2005)

	Kinder unterliegen einem geringeren (oder gleichen) Risiko als die Gesamtbevölkerung	Kinder unterliegen einem höheren Armutsrisiko als die Gesamtbevölkerung (= < 5pp)	Kinder unterliegen einem deutlich höheren Risiko als die Gesamtbevölkerung (> 5pp)
Kinderarmut liegt unterm dem EU-Durchschnitt	DK, FI, SE, CY, SLOVENIA	DE, FR, NL, AT	CZ
Kinderarmut liegt über dem EU-Durchschnitt (oder ist gleich)	EL	BE, ES, IT, PT, IE, UK, EE, LV	BG, HU, LT, LU, MT, PL, RO, SK

Quelle:

Slowenien erreicht relativ gute Ergebnisse in Bezug auf die Kinderarmut, indem es an verschiedenen Fronten kämpft. Es kombiniert relativ gute Arbeitsmarktleistungen der Eltern (niedere Arbeitslosenquote und Armutsgefährdung unter Haushalten mit Kindern) mit relativ hohen und effektiven Sozialtransfers.

Tabelle 4: Armutsrisikoquote vor und nach Sozialtransfers

Armutsrisikoquote vor Sozialtransfers	Armutsrisikoquote nach Sozialtransfers	Alle Einflüsse der Sozialtransfers auf die Verringerung der Kinderarmut	Einfluss der Familienbeihilfe auf die Verringerung der Kinderarmut
28	17	57 %	39 %

Quelle: Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern in der EU (2008), p. 15.

Besonders die Sozialleistungen für Haushalte mit Kindern hatten einen beträchtlichen Einfluss auf die Verringerung der Armut. Der Anteil an dem Gesamteinkommen dieser Haushalte erhöhte sich während der vergangenen Jahre beträchtlich. Ihr Anteil erhöhte sich am

meisten in Bezug auf die Einkommen der Haushalte, die unter der Armutsgrenze blieben²⁰, besonders in der Gruppe mit den niedersten Einkommen, den untersten zehn Prozent.

Der wichtigste Punkt des Erfolgs in Bezug auf die Verringerung der Kinderarmut liegt in dem fast generellen Kindergeld, das stark auf die ärmsten Familien mit Kindern ausgerichtet ist. Wie die nachfolgende Abbildung aufzeigt, können wir die starke Auswirkung des Kindergelds auf die Verringerung der Armut von Familien mit Kindern ansehen. Durch die Verbindung der finanziellen Unterstützung durch Sozialhilfe und Kindergeld, erhält das erste Kind in der Familie fast 80%, das zweite Kind fast 85% und das dritte Kind fast 90% des Mindesteinkommens einer erwachsenen Person.

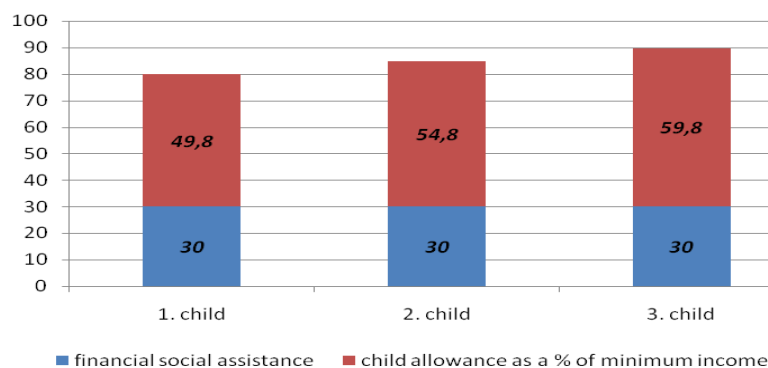


Abbildung 2: Finanzielle Unterstützung durch Sozialhilfe und Kindergeld als Anteil des Mindesteinkommens eines Erwachsenen

Ansatz zur Kinderarmut in Slowenien

Wie bereits zuvor erwähnt, verfügt das slowenische Sozialsystem über eine Vielfalt an Familien- und Sozialrichtlinien, die die Kinderarmut relativ erfolgreich anpacken. Doch die Richtlinien sind verstreut. Es gibt keinen umfassenden und flächendeckenden Ansatz zur Verringerung der Kinderarmut.

²⁰ Von 27,1% im Jahr 1998 bis 30,8% im Jahr 2002 (Stropnik, 2005).

Dies ist auch einer der Gründe, warum in letzter Zeit der Kinderarmut ein zunehmend strategischer Ansatz Vorrang eingeräumt wurde. Eines dieser (oder das wichtigste) einzelstaatlichen Dokumente ist das „**Programme on Children and Youth 2006-2016**“, welches die Verringerung des Risikos der sozialen Isolierung zum Ziel hat und somit auch zu Verringerung der Kinderarmut in Slowenien. Das Programm basiert auf die 12 Grundsätze, die mit der Kinderrechtskonvention (CRC) verbunden sind und folgende Politikbereiche umfasst:

- Gesundheit
- Familie
- Bildung und Erziehung
- Sozialpolitik
- Besondere Betreuung- und Pflegepolitik
- Schutz gegen Gewalt, Vernachlässigung und Missbrauch
- Prävention von Drogenmissbrauch
- Freizeit
- Umwelt
- Kultus

Die Auswertung des Programms unterliegt der Verantwortung der „Child Observatory“ (Institut für sozialen Schutz der Republik Slowenien)²¹, welches eine Liste umfassender Indikatoren zur Überwachung der Implementierung des „Programme on Children and Youth 2006-2016“ und Auswertung entwickelt hat. Die Überwachungseinrichtung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass ein Aktionsplan fehlt, dass die Kooperation der Öffentlichkeit und NRO nicht umfassend genug ist, und dass ein großer Schwachpunkt bei der (Ko-)Finanzierung der NRO-Programme festgestellt wurde.

²¹ Im Jahr 2004 bildete das Ministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung das „Child Observatory“ als eine Abteilung des Instituts für sozialen Schutz der Republik Slowenien. Die Haupttätigkeit der „Child Observatory“ ist die umfassende und systematische Überwachung des Wohlergehens von Kindern und deren Lebensqualität in Slowenien. Zu diesem Zweck wurde eine entsprechende Reihe an Indikatoren entwickelt und eine Datenbank entworfen. Die Datenbank versorgt eine Vielzahl an Interessengruppen wie z. B. Befürwortergruppen, Entscheidungsträger, Forscher, Medien und die Öffentlichkeit. Dadurch kann eine effektive Auswertung der staatlichen Richtlinien und Strategien durchgeführt werden. Weiterhin arbeitet das „Child Observatory“ Berichte aus in Bezug auf die Situation der Kinder, Sachverständigengutachten in Bezug auf den Entwurf relevanter Richtlinien sowie die Implementierung verschiedener staatlicher Rechtshandlungen und rechtskräftiger internationaler Dokumente im Bereich der Kinderrechte (www3). Das „Child Observatory“ führte eine Recherche durch unter Familien mit Kindern und arbeitet gegenwärtig an einer Recherche in Bezug auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern.

Staatliche, politische Strategien im Bereich der Kinderarmut sind ebenfalls in dem „**National Action Plans against poverty and social exclusion (NAPs/Inclusion) 2008 – 2010**“ (*Nationale Aktionspläne gegen Armut und soziale Isolierung (nationale Aktionspläne/Einbeziehung) 2008 – 2010*) einbezogen. Der slowenische nationale Aktionsplan kann als ein Dokument behandelt werden, welches Richtlinien beschreibt und Prozesse plant, die zu Lösungen der festgelegten Prioritäten und Ziele innerhalb des nationalen Aktionsplans führen. Das Problem der Kinderarmut und der sozialen Isolierung ist jedoch ein vernachlässigtes Problem der slowenischen nationalen Aktionspläne/Einbeziehungsberichts. Auf Grundlage der statistischen Daten, welche aufzeigen, dass die Kinderarmutsrisikoquote niedriger als die Armutsrisikoquote der erwachsenen Bevölkerung ist, scheint die Meinung der Entscheidungsträger jene zu sein, dass die Kinderarmut in Slowenien kein Problem darstellt. Daher ist sie nicht als Priorität in dem nationalen Aktionsplan/Einbeziehung einbezogen.

Weitere Schritte

Kinderarmut in Slowenien sollte nicht toleriert werden und dies ist besonders wichtig aus Sicht der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gibt bisher keinen Beweis, dass sie irgendwelche Auswirkungen auf die Richtlinien in Bezug auf die Kinder in Slowenien hat – es wurden keine Kürzungen der sozialen Rechte vorgenommen.

Die nächsten Schritte sind, auch Kindern (Familien) ein angemessenes Einkommen bereitzustellen und eine neue Definition des Mindesteinkommens festzulegen. Dies kann durch Sozialleistungen erfolgen, unabhängig von ihrer (In-)Aktivität auf dem Arbeitsmarkt. Das neue Mindesteinkommen wird höher sein.

Slowenien neigt dazu, ein einheitliches System der Sozialtransfers und Sozialzuschüssen zu haben. Jetzt stehen wir einer Armutsfalle zwischen der 2. Hälfte der 2. Klasse des Kindergelds bis zur 3. Klasse gegenüber. Und wir neigen auch dazu, die Lücke zwischen Alleinerziehenden und Familien mit zwei Elternteilen zu verringern. Diese Lücke ist eines der größten Probleme in Slowenien²².

²² Zur Darstellung: Armutsrisikoquote in Slowenien im Jahr 2007 für Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern betrug 9,5, für Alleinerziehende und einem oder mehrere unterhaltsberechtigten Kinder betrug sie 28,6, und für zwei Erwachsene und drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kinder betrug sie 15,2.

Wir erwarten von der Europäischen Kommission, dass stetig Druck auf die Politik ausgeübt wird, um die Situation in diesem Bereich zu verbessern, und dass stetig und tatkräftig die Aktivitäten ausgeführt werden, um die Situation in allen Ländern zu verbessern.

Literaturhinweise:

Child poverty and child well being in the EU. Current status and way forward. 2008. European Commission. (*Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern in der EU. Aktueller Stand und der nächste Schritt. 2008. Europäische Kommission*).

Nada Stropnik (2005): Economic Position of Households/Families with Children, working material for the preparation of Situation Analysis of the Position of Households/Families with Children. Ljubljana: Inštitut RS za socialno varstvo. (*Wirtschaftliche Lage von Haushalten/Familien mit Kindern, Arbeitsmaterial für die Vorbereitung der Situationsanalyse der Lage der Haushalte/Familien mit Kindern*).

Andreja Črnak Meglič et al (2005): Situation Analysis of the Position of Households/Families with Children. Ljubljana: Inštitut RS za socialno varstvo. (*Situationsanalyse der Lage von Haushalten/Familien mit Kindern*).

Internetquellen:

www1: http://www.mddsz.gov.si/en/areas_of_work/family/types_of_family_benefit/, accessed on 6.5.2009 (Ministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung).

www2 :

http://www.stat.si/pxweb/Database/Dem_soc/08_zivljenjska_raven/08627_EU_SILC/08627_EU_SILC.asp accessed on 6.5.2009 (Statistisches Bundesamt der Republik Slowenien)

www3: <http://www.irssv.si/english/social-protection-institute-of-the-republic-of-slovenia/index.html> accessed on 6.5.2009 (Institut für Sozialschutz der Republik Slowenien)

Programme:

Program on Children and Youth 2006-2016. (*Kinder- und Jugendlichenprogramm 2006-2016*)

Kinderrechtskonvention.

Nationale Aktionspläne gegen Armut und soziale Isolierung (Nationale Aktionspläne/Einbeziehung) 2008 – 2010.

Herausgeber:
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Telefax 0211-855-3211
www.mags.nrw.de
info@mags.nrw.de

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers.


Druck: Hausdruck

Düsseldorf, Oktober 2009

Diese Druckschrift wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-
Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien
noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines
Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet
werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und
Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der
Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf
Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der
Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben
parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.
Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum
Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser
Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende
Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer
eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in
welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger
zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu
einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen
verstanden werden könnte.



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mail.mags.nrw.de
www.mags.nrw.de